



## VERGABEUNTERLAGEN

158-25-E11

H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier  
Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

---

24.06.2025

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare .....	3
Verfahrensinformationen .....	3
158-25-E11_Verfahrensbrief .....	3
RNV_Datenschutzinformation .....	12
1. Einleitung .....	12
2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden? .....	12
3. Welche Quellen und Daten nutzen wir? .....	12
4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlag .	13
5. Wer bekommt Ihre Daten? .....	14
6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert? .....	14
7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt? .....	15
8. Welche Rechte haben Sie? .....	15
9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten? .....	16
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall? .....	17
Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen .....	18
H175_H245_Leistungsbeschreibung_BÜ .....	18
158-25-E11_Vertragsgrundlagen .....	30
20250428_H175H245_Baubeschreibung .....	31
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung .....	65
AnschiebenPDF Rechnung .....	65
Anforderungen PDF-Rechnung .....	66
AEB_DL_Stand Januar 2024 .....	68
Auszufüllende Formulare .....	75
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung .....	75
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen .....	82
B.IX.1. - Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern .....	83
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe .....	85
B.IX.1. - Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern .....	90
Russland-Sanktionen .....	92
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung .....	92
Rundschreiben_2022-04-14_BW17_70904_21_Sanktionen .....	94
I. EU-Sanktionen gegen Russland .....	94
II. Verbot der Auftragsvergabe .....	94
III. Fortführung bestehender Verträge .....	95
IV. Ausnahmen .....	95
V. Zuwendungsbau .....	96
VI. Inkrafttreten .....	96

LTMG - Baden-Württemberg.....	97
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung .....	97
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	106
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt .....	108
Besondere Vertragsbedingungen.....	110
Produkte/Leistungen .....	114
Eignungskriterien.....	119
Leistungskriterien .....	126
Anlagen .....	127

## INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

## INFORMATIONEN

### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	158-25-E11
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke
Auftragsbeschreibung	Gegenstand der zu vergebene Leistung sind die Bauüberwachungsleistungen für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

### VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	69115 Heidelberg
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>71240000-2</td><td>Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	71240000-2	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
Code	Bezeichnung				
71240000-2	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen				

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off">http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

### SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	26.06.2025

### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	28.07.2025 15:00:00
---------------	---------------------



Frist Bieterfragen	18.07.2025 15:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	27.08.2025
Versand Vorabinformation	15.08.2025

## AUFTRAGSDAUER

Beginn  
Ende  
Anmerkungen

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter [http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboards\\_rd\\_off](http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off) mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direksuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 18.07.2025 15:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: [http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboards\\_rd\\_off](http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off). Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
 Montpellierbrücke ]  
 [158-25-E11]

## Verfahrensbrief

### 1 Übersicht

#### 1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die Beschaffung [ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke ] beschreiben.

#### 1.2 Verfahrensablauf

- ☒ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

#### 1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
18.07.2025 – 15.00 Uhr	Frist für die Stellung von Bieterfragen
28.07.2025 – 15.00 Uhr	Angebotsfrist
27.08.2025	Voraussichtliche Zuschlagserteilung
10.07.2025	Zuschlags- und Bindefrist

Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ.

#### 1.4 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

**[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke ]**  
**[158-25-E11]**

## 2 Verfahrensbedingungen

### 2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)). Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe ([https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

### 2.2 Vertraulichkeit

#### 2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

#### 2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

### 2.3 Angebote

#### 2.3.1. Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

**[18.07.2025 – 15.00 Uhr]**

**[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke ]**  
**[158-25-E11]**

über die Vergabeplattform ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)).

Die Bieter sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bieters führen.

### **2.3.2 Form und Frist Einreichung Angebote**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) bis zum

[28.07.2025 – 15.00 Uhr]

einzureichen.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

### **2.3.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung**

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

### **2.3.4 Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)**

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot einreichen (Formblatt B.I.1.). Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

**[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke ]**  
**[158-25-E11]**

### **2.3.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe**

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX.1).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bietern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

### **2.3.6 Inhalt der Angebote**

Von den Bietern sind mit dem Angebot alle geforderten Unterlagen und Nachweise einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden.

### **2.3.7 Eröffnungstermin der Angebote**

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

### **2.3.8 Nebenangebote**

**[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke ]**  
**[158-25-E11]**

Nebenangebote sind [nicht zugelassen].

### **2.3.9 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen**

Nach Eingang der Angebote erfolgt eine Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

### **2.3.10 Prüfung auf Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit**

Es erfolgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

### **2.3.11 Prüfung und Wertung der Angebote**

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.
- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären.
- **Wertung anhand der Zuschlagskriterien:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt auf der Grundlage des folgenden Wertungskriteriums:

#### **100% Preis**

Der Zuschlag erfolgt gemäß § 52 Abs. 1 SektVO auf das wirtschaftliche Angebot gemäß der oben genannten Zuschlagskriterien.

### **2.3.12 Anfordern zusätzlicher Unterlagen**

**[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke ]**  
**[158-25-E11]**

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

Auf Verlangen ist eine Urkalkulation in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit Angabe der Projektnummer und Projektbezeichnung dem Auftraggeber zu überreichen.

### **2.3.13 Zuschlag**

Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am [27.08.2025]. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre finalen Angebote gebunden.

### **2.3.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren**

Für Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

## **3 Rügepflicht und Nachprüfung**

### **3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag**

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

### **3.2 Vergabekammer**

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die, in der Auftragsbekanntmachung genannte, Stelle wenden.

**[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke ]**  
**[158-25-E11]**

### 3.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

#### **§ 134 Informations- und Wartepflicht**

(1) *Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.*

(2) *Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bieter kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnete geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.*

#### **§ 135 Unwirksamkeit**

(1) *Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber*

*1. gegen § 134 verstoßen hat oder*

*2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.*

(2) *Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.*

(3) *Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn*

*1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,*



**[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke ]**  
**[158-25-E11]**

*2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und*

*3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.*

*Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.*

### **§ 160 Einleitung, Antrag**

*(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.*

*(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*

*(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit*

*1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*

*2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*

*3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*

*4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

*Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.*

### **3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen**

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine

**[ H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke ]**  
[158-25-E11]

entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

### Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

### 1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur/ zum **303-24-E14 - Rahmenvertrag Ingenieurleistungen Signaltechnik** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

### 2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim  
Tel.: 0621-465-0  
E-Mail: [kundenservice@rnv-online.de](mailto:kundenservice@rnv-online.de)

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH  
Herr Mentges  
Marienburgstraße 27  
64297 Darmstadt  
Tel.: 06154-57605 111  
E-Mail: [datenschutz@ctm-com.de](mailto:datenschutz@ctm-com.de) oder [datenschutz@rnv-online.de](mailto:datenschutz@rnv-online.de)

### 3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

### 4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

### 5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen

### 6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

### 7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

### 8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

#### a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

#### b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

#### c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genann-

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

ten Fällen eingeschränkt.

### d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

### e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

### f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Königstraße 10a  
70173 Stuttgart  
Tel: 0711 61 55 41-0  
E-Mail: [poststelle@fdi.bwl.de](mailto:poststelle@fdi.bwl.de)

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

## 9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

# Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

## 10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

### Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

\*\*\*



**Vergabeverfahren  
örtliche Bauüberwachung**

**H175 Gleiserneuerung Montpellierbrücke und H245  
Barrierefreier Ausbau der Hst. Montpellierbrücke  
158-25-E11**

## Inhalt

1. Bestehende Situation und Beschreibung der Maßnahme .....	3
2. Angebotsgrundlagen .....	7
3. Inhalt des Angebotes .....	8
4. Vertragsgrundlagen .....	8
5. Termine .....	9
6. Leistungen des Auftragnehmers .....	10
7. Honorarermittlung .....	11
8. Anlagen / Unterlagen .....	12

## 1. Bestehende Situation und Beschreibung der Maßnahme

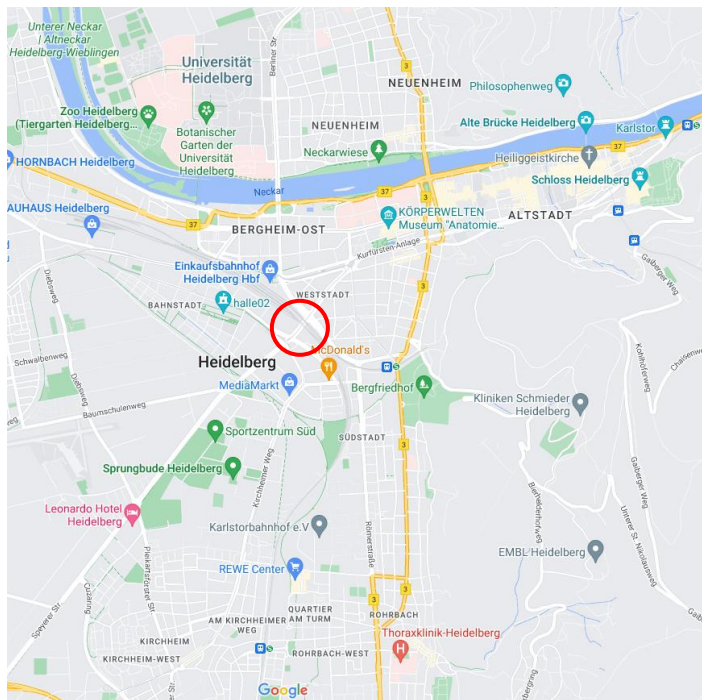


Abbildung 1 Lageplan Maßnahme Montpellierbrücke  
aus Google Maps

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH beabsichtigt die Gleise auf der Montpellierbrücke in Heidelberg. Gleichzeitig soll die Bauzeit genutzt werden, um die Haltestelle Montpellierbrücke, welche sich auf dem Bauwerk befindet, ebenfalls barrierefrei auszubauen und somit den betroffenen Streckenabschnitt komplett zu erneuern. Die Montpellierbrücke befindet sich in der Heidelberger Weststadt und verbindet die Ringstraße mit der Speyrer Straße. Eigentlich besteht die Montpellierbrücke aus zwei Brücken, die in der Mitte über eine Längsfuge verbunden sind. Über die Brücke führen vier Fahrspuren des motorisierten Individualverkehrs sowie eine zweigleisige Straßenbahntrasse in Mittellage der Brücke. Zudem befindet sich eine Straßenbahnhaltestelle auf der Brücke.

### Bestehende Situation der Baumaßnahme

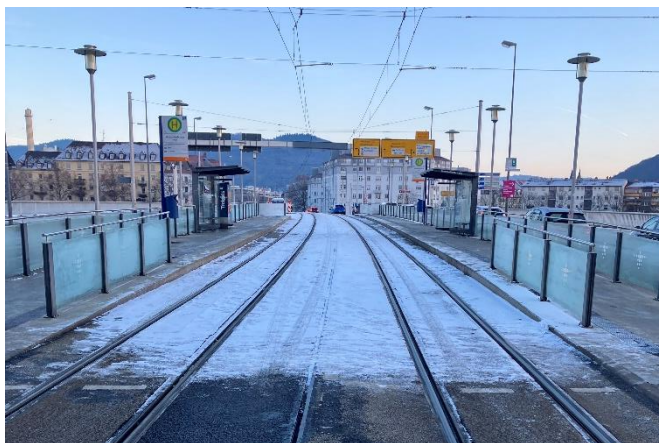


Abbildung 3: Haltestelle Montpellierbrücke



Abbildung 2: Bahnkörper und Schienenauszugsvorrichtung

Die Straßenbahngleise aus Rillenschienen 51R1 verlaufen über die Montpellierbrücke auf einem besonderen Bahnkörper. An den Knotenpunkten angrenzend zur Brücke quert der Individualverkehr die Gleise. Hier liegen die Gleise in straßenbündiger Lage. Insgesamt hat die Maßnahme eine Länge von ca. 265 Meter.

Die Montpellierbrücke besteht aus zwei Brückenkonstruktionen. Der eigene Bahnkörper befindet sich auf den mittleren Kragarmen der beiden Brücken. Im großen Gleismittel befindet sich somit eine Bauwerksfuge mit eingelegtem Gummi.

Im besonderen Bahnkörper auf der Brücke ist das System Polyplan verbaut. Dies besteht aus einem Spurstangengleis, das alle 4,5 m auf den Innenseiten der Schienen mit Klemmen auf dem Brückendeck

befestigt ist. Laut alten Ausschreibungsunterlagen wurde eine kopfgehärtete Schiene der Güte 220-260 eingebaut. Messungen ergaben eine kopfgehärtete Schiene mit 893 N/mm<sup>2</sup>.

Das Gleis ist ca. 3 cm mit einem elastischen Kunststoff (Shore-Härte 40) untergossen. Die Kammerfüller sind ebenfalls vor Ort bis ca. 4 cm unter Oberkante Schienenkopf mit einem Kunststoff der Härte (Shore-Härte 40) gegossen. Bis Schienenoberkante wurde ein Kunststoff der Härte (Shore-Härte 70) verwendet. Das Spurstangengleis wurde bis ca. 4 cm unter Schienenoberkante mit Beton, der stellenweise kunststofffaserverstärkt ist, verfüllt. Die Oberfläche des besonderen Bahnkörpers ist mit Gussasphalt eingedeckt.

Das Brückendeck bzw. der vorhandene Aufbeton sollten im Bereich des eigenen Bahnkörpers durch eine aufgetragene Kunststoffabdichtung vor eindringender Feuchtigkeit geschützt werden. Beim Öffnen der Oberfläche wurde allerdings festgestellt, dass die Kunststoffabdichtung keine Haftung auf dem vorhandenen Epoxidharzversiegelung hat und sie unterläufig ist.

Die Oberflächenentwässerung an sich erfolgt über die Schienen. Am Brückenanfang und am Brückende sind jeweils Gleisentwässerungen verbaut.

Aufgrund der schadhafte Oberfläche ist derzeit keine Busbefahrung über den besonderen Bahnkörper möglich. Zudem wird derzeit ungewollt Feuchtigkeit über die Leerrohrführung im Bereich der Haltestelle in die Brücke geleitet.

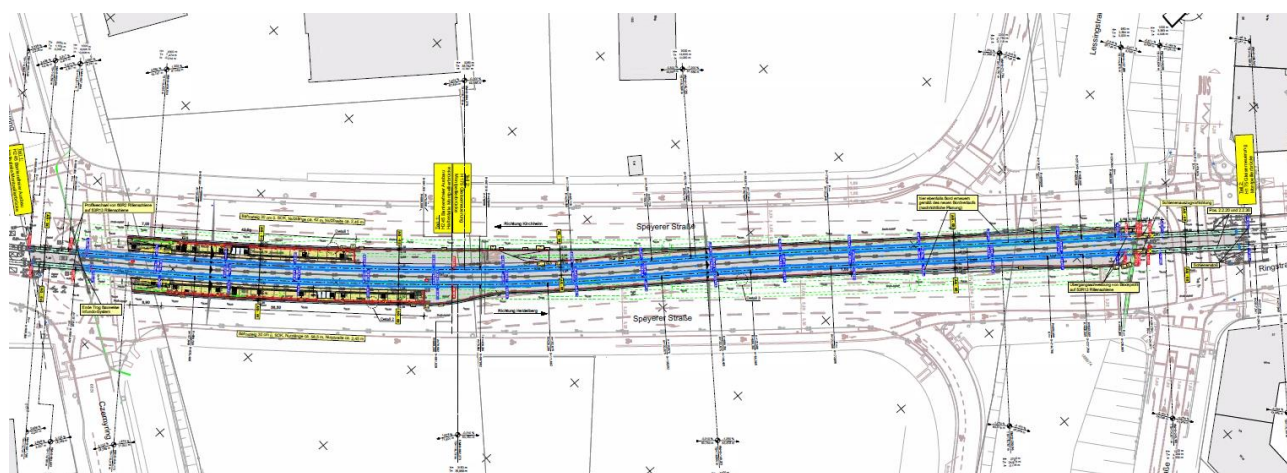
Am nördlichen Ende der Brücke befindet sich eine Schienenauszugsvorrichtung.

In den beiden Anschlussbereichen auf den jeweiligen Brücken-Enden liegen aktuell verschiedene Oberbausysteme. Auf der Seite Richtung Römerkreisel liegt ein Rillenschienengleis mit Spurstangen auf einer Betontragplatte. Auf der Seite des Czernyrings ist ein Richtungsgleis als feste Fahrbahn im Rheda-City System ausgeführt, das andere Richtungsgleis als altes Spurstangengleis auf einer Betontragplatte.

Die Haltestelle Montpellierbrücke liegt in einem leichten Bogen mit dem Radius 900m und besteht aus Betonfertigteilstellen. Diese haben Abmessungen von ca. 3,0 x 3,0 m. Der stadtauswärtige Bahnsteig hat eine Länge von ca. 40 m, während der stadteinwärtige Bahnsteig ca. 52 m lang ist. Die Bahnsteighöhe liegt ca. 18 cm über Schienenoberkante.

Aufgrund allgemein notwendiger Sanierungsarbeiten am Brückenbauwerk haben dort seitens der Stadt Heidelberg seit geraumer Zeit Arbeiten stattgefunden, welche planmäßig gleichzeitig mit der Baumaßnahme der rnv zum Abschluss kommen sollen.

### Planerische Beschreibung der Maßnahme



Aufgrund der niedrigen Aufbauhöhe wird auf der Brücke auf ein ERS-System mit einer 53R1 Schiene zurückgegriffen. Hierbei wird die Schiene in einer Stahltrögkonstruktion kontinuierlich gelagert. Die Betontragplatte, in der die Stahltröge eingebunden sind, wird im Brückendeck verankert. Die Abdichtungsebene der Brücke wird damit auf die Betontragplatte verlegt.

Die bestehende Auffahrts-Rampe für Busse auf der Westseite wird, um Kollisionen mit dem Gegenverkehr zu vermeiden, verlängert.

Im Gleisbereich hat man eine Abdichtung durch ein Asphalttraggerüst mit einer Verfüllung durch einen PMMA-Kunststoff gewählt. Darauf wurde eine Gussasphaltschicht MA S 11 mit speziellen Anforderungen an die Eignung gewählt. Der Gussasphalt muss maschinell eingebracht werden.

An der Haltestelle sollen barrierefreie Bahnsteige in Seitenlage mit einer Höhe von 30 cm über Schienenoberkante auf einer Breite von ca. 2,45 m realisiert werden. Der nördliche Bahnsteig hat eine Nutzlänge von ca. 42 m und der südliche Bahnsteig eine Nutzlänge von ca. 56 m. Realisiert werden sollen diese wieder wie im Bestand mit eingefärbten Fertigteil-Betonplatten, welche auf längs liegenden Stahlbeton-balken gelagert sind. Die Erschließung erfolgt ausschließlich stufenlos über Rampen an der westlichen Stirnseite. Für sinneseingeschränkte Fahrgäste wird die Oberfläche mit einem taktilen Leitsystem ausgestattet. Geländer, Fahrgastunterstände und Fahrkartenautomat sollen wiederverwendet werden. Auf beiden Bahnsteigen wird eine dynamische Fahrgastinformation ergänzt. Außerdem sollen für beide Bahnsteige die vorhandenen Beleuchtungsmasten wiederverwendet werden. Lediglich die Leuchtkörper werden getauscht. Der Zugang zur Haltestelle erfolgt wie bisher über einen signalisierten Überweg über die Speyrer Straße, auch das Queren des Gleiskörpers ist (ungesichert) an der Westseite möglich.

Am südlichen Brückenkopf (Richtung Bahnstadt) werden stadtauswärts die Schienen auf dem bestehenden Rheda-City getauscht und der Weichensperrkreis neu installiert. Stadteinwärts wird das Rheda-City-System neu gebaut.

Im nördlichen Bereich der Überfahrt Lessingstraße werden der vorhandene Gleisrahmen auf vorhandener Betonplatte getauscht.

### Bauliche Beschreibung der Maßnahme

#### **Gleisbau:**

Die vorhandene alte Gleisanlage bestehend aus Rillenschienen inkl. der Eindeckung wird auf der Brücke abgebrochen und mittels Hochdruckwasserstrahlen der 2006 aufgebrachte Aufbeton entfernt. Nach Abtragen des Auf- und Schutzbetons ist die Höhe der Brücke durch einen Vermesser einzumessen, die Beschädigung der Bewehrung durch Chlorideintrag mittels Potentialmessung zu ermitteln und die Spannglieder für die notwendigen Bohrungen zu detektieren. Die Potentialmessung und Bewehrungsdetektion müssen mit dem Tiefbauamt Heidelberg abgestimmt werden.

Im Bereich der ÜKO „Weststadt“ ist pro Gleis ein Entwässerungskasten vorhanden, welcher ausgebaut wird. Die im Bereich des Knotens/der Überfahrt Lessingstraße vorhandenen Spurstangengleise auf Betontragplatte werden erneuert. Auf der Seite Bahnstadt sind die Gleise bis zu den Weichenspitzen, inkl. des dort vorhandenen Weichensperrkreises zu erneuern.

Auf dem Tragwerk wird für die Gleisanlage eine Feste Fahrbahn als integrale Verbundkonstruktion mit Verstärkung der Kragarme hergestellt. Die neuen Schienen Profil 53R1 werden mittels ERS-



Schienenbefestigung in Stahltrögen der Bauart INFUNDO-LR-ST Mk II-FL kontinuierlich elastisch gelagert, elektrisch isoliert und verklebt.

Die Stahltröge sind über Kopfbolzen in der Bewehrung der neuen Verbundplatte rückverankert. Zwischen der bestehenden Tragwerksdeckplatte und der neuen Fahrbahnplatte sorgen Anschlussbewehrung, bzw. Schubverbinder/Betonschrauben für einen schubfesten Verbund. Hierfür werden die bestehenden Dübel genutzt. Im Bereich der ÜKO Seite Weststadt werden die Gleisentwässerungskästen neu positioniert und ebenfalls in Stahltrögen des ERS-/ INFUNDO-Systems isoliert gelagert. Gleiches gilt für Gleisanschlusskästen. Vorgängig vor dem Einbau der Stahltröge, Schubverbinder und Verbundplattenbewehrung sind vorhandene Tropftüllen freizulegen, zu verlängern und in der Funktion wiederherzustellen. Für eine gute Brückenabdichtung sind die Stahltröge auf den Außenseiten mit Flanschblechen versehen. Nach dem Betonieren der neuen Fahrbahnplatte werden die Stahltröge untereinander wasserdicht verschweißt und ein integraler Bestandteil des Brückenabdichtungskonzepts. Die Eindeckung der Gleisanlage und Fahrbahnplatte erfolgt 2-lagig mit einem Asphalttraggerüst, das mit einem PMMA-Kunststoff gemäß dem Merkblatt HANV verfüllt wird. Diese HANV-Abdichtung dient im Gleisbereich auch als Brückenabdichtung. Eine Ausnahme stellen die Randbereiche des eigenen Bahnkörpers da, in denen mit einer klassischen Flüssigkunststoffabdichtung gearbeitet wird. Im Bereich des Widerlagers Weststadt wird durch die Stadt Heidelberg eine neue Fugenübergangskonstruktion eingebaut. Auf der Kammerwand des Widerlagers sind für die Gleisanlage ebenfalls Stahltröge einzubauen. Zur Aufnahme der neuen Schienenauszugskonstruktionen werden diese landseits mit einer Festen Fahrbahn auf der Basis von Stahltrögen der Bauart INFUNDO-LR-ST Mk III verlängert. Auch die Schienenauszugskonstruktionen werden im ERS-System gelagert, elastisch und elektrisch isoliert befestigt.

Der Anschlussbereich Lessing-/Ringstraße wird als 60 R2 Rillenschienen hergestellt. Der Schienenunterguss auf der vorhandenen Betontragplatte wird entfernt und die Gleise auf der mit neuem Schienenunterguss wieder montiert.

Auf der Seite Bahnstadt ist die vorhandene ÜKO auf der Basis der Bauart ÜBe1 an die neue Höhenlage der Schienenoberkante mit Aufschweißblechen anzupassen.

Zwischen den Gleisen auf Seite der Lessingstraße wird der reguläre Asphaltaufbau eingebaut. Zwischen den Schienen wird eine Asphaltbinder- und Deckschicht auf Beton mit abgesenkten Spurstangen umgesetzt, um höhere Stabilität der Gleise zu gewährleisten und ein Durchdrücken der Spurstangen zu vermeiden.

Im Anschlussbereich Bahnstadt/Czernyring werden die Schienen auf dem vorhanden westlichen Rheda-City-System ausgetauscht und neu montiert. Auf der süd-östlichen Gleisseite befindet sich noch eine alte Betontragplatte mit Rillenschienen. Diese werden demontiert und die Platte abgebrochen. Anschließend wird dort eine komplett neue Gleisanlage Rheda-City-D aus Rillenschienen mit Schienenprofil 60 R2 sowie Übergangsschiene 60R2 zu 53R13 hergestellt.

Die zu erneuernden Schienen- und Gleisentwässerungskästen müssen vor Einbau vollständig gegen Streustrom zu isoliert werden.

### **Bahnsteige:**

Die Haltestellenausstattung wird abgebaut, gelagert und wieder eingebaut. Das Geländer samt Spritzschutz muss stückweise ergänzt werden. Auch die Beleuchtungsmasten werden gelagert und wiedereingebaut.

Die Bahnsteige werden auf einer Höhe von 30cm über Schienenoberkante hergestellt. Als Bauweise kommen eingefärbte Platten aus Betonfertigteilen auf Ortbeton-Streifenfundamenten zum Einsatz. Der Zugang erfolgt über Rampen aus Ortbeton am Anfang der Bahnsteige. Zur besseren Orientierung ist auf den Bahnsteigen ein integriertes taktiler Bodenleitsystem aus Rippen- und Noppenplatten vorgesehen.

Unterhalb der Fertigteile befindet sich im U-Profil ein Leitungspaket. Hierbei ist die Sammelschiene zur Erdung diverser Bauteile angebracht. Zugang zum U-Profil erhält man über einen Schachtdeckel innerhalb der neuen Haltestellenfertigteile. Die Fertigteile haben bereits Öffnungen für Kabelzugarbeiten. Ebenfalls sind bereits Kerben für das Blindenleitsystem eingelassen. Dieses wird in diesem Fall als Fliese verbaut. Die alten Fahrgastunterstände werden wiederverwendet. Die Bestandsbeleuchtungsmasten werden mit neuen Leuchtkörpern versehen. Die bereits bestehende Haltestellenausstattung wird um zwei DFI-Anzeigen ergänzt.

### **Verkehrsflächen:**

Im Bereich der Baumaßnahme wird die Busauffahrt vollständig saniert. Ebenfalls müssen die Gussasphaltabdichtungen und Gussasphaltrinnen sowie die Klebeflachborde entlang des eigenen Bahnkörpers nach Abbruch neu hergestellt werden.

### **LSA/ FSA:**

Die Schaltmittel für LSA/und FSA müssen erneuert werden

Die Leerrohranlage ist zu ergänzen bzw. neu herzustellen. Die Koppelspulen werden teilweise erneuert und neu platziert. Zusätzlich wird eine Leerrohrverbindung zum Kabelkanal unterhalb der Haltestelle benötigt.

### **Entwässerung:**

Für die Herstellung der Entwässerung werden Arbeiten im Hohlkastens der Brücke notwendig. Unter anderem müssen Kernbohrungen für Rohrdurchführungen gemacht werden. Innerhalb des Hohlkastens herrscht eingeschränkter Bewegungsraum. Ggf. müssen Arbeiten dort Überkopf ausgeführt werden.

Die Entwässerungsleitungen sind nach Durchführung teilweise auch an der Brücke zu befestigen.

### **Arbeiten des Tiefbauamtes der Stadt Heidelberg:**

Es haben und werden umfangreiche Sanierungsarbeiten seitens der Stadt Heidelberg und in dem Bau Feld der Maßnahme stattfinden. Dies sind unter anderem:

- Fahrbahnerneuerung stadtauswärts
- Erneuerung der Übergangskonstruktion der Brücke im Bereich der Lessingstraße
- Deckensanierung im Bereich des Knotenpunkts Lessingstraße
- Umbau des Knotenpunktes Lessingstraße bezüglich LSA

## **2. Angebotsgrundlagen**

Der Auftraggeber ist die Rhein-Neckar Verkehr GmbH, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.

Das angeschriebene Unternehmen wird gebeten, ein für den Auftraggeber unverbindliches Angebot kostenlos und ohne jede Verpflichtung für den Auftraggeber abzugeben.

### 3. Inhalt des Angebotes

Das Angebot muss neben den Vorgaben aus den weiteren Vergabeunterlagen mindestens beinhalten:

- Anzahl der durchschnittlich eingesetzten Mitarbeiter (vor Ort und als Backoffice)
- Vorgesehene Aufbau–Organisation der örtlichen Bauüberwachung (nur BÜ-Leistungen)
- Angaben zu Mitarbeitern (Namen und Qualifikation), die im Falle einer Beauftragung eingesetzt werden. Wir bitten darum, die Leistungsfähigkeit des vorgesehenen Personals mittels einer Referenzliste nachzuweisen.

Folgende Qualifikationen des eingesetzten Personals sind erforderlich:

#### **BÜ:**

SIVV-Schein

Sachkundiger Planer gemäß TR Instandhaltung (TR IH), zur Beurteilung der durch den AN vorzulegenden Arbeitsanweisungen. Der Nachweis der Fachkunde erfolgt gemäß DAfStb Heft 638 und RL SIB (Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen).

Erfahrungen im Bereich von Brückeninstandsetzungen von Stahlbetonbrücken (2 Referenzen in den letzten 5 Jahren, auch laufende Projekte, allerdings müssen diese mit Datum der Abgabe bereits eine Laufzeit von 8 Monaten vorweisen)

Erfahrungen im Bereich des Gleisbaus auf Brücken (2 Referenzen in den letzten 5 Jahren)

Sollte das für die Baumaßnahme vorgesehene Personal verhindert sein, darf nur Personal eingesetzt werden, dass dieselben Qualifikationen/Referenzen vorweisen kann. Diese sind dem AG unaufgefordert vorzulegen.

Insofern hierzu Formblätter/elektronische Formulare zur Verfügung gestellt werden, so sind diese zwingend zu verwenden.

### 4. Vertragsgrundlagen

#### 4.1 Vertragsbedingungen

Durch die Angebotsabgabe bestätigt der Auftragnehmer, dass ihm alle zur Vertragserfüllung maßgebenden Daten und Verhältnisse bekannt sind, er diesen im Falle einer Auftragserteilung Rechnung tragen wird, er die Leistungen selbst zu den Vertragsbedingungen erfüllen kann und auf die Anfechtung verzichtet.

#### 4.2 Subunternehmer

Die Leistungen werden vom Auftragnehmer grundsätzlich mit eigenem Personal ausgeführt. Sofern der Auftragnehmer beabsichtigt, Subunternehmer mit Teilleistungen zu beauftragen, sind diese im Angebot zu benennen.



### 4.3 Auftrag und Auftragsbestätigung

Die Auftragserteilung erfolgt schriftlich durch den Auftraggeber in Form einer Bestellung. Änderungen des vereinbarten Leistungsumfanges werden nur verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen und mit einer Bestellung bestätigt werden.

## 5. Termine

### 5.1 Rahmentermine Gleis- und Tiefbauarbeiten

Sperrung der Gleise:	Ab 28.07.2025
Ausbau der SAV:	28.07.25 – 30.07.25
Bauzeit auf der Brücke:	28.07.25 – 28.11.25
Einbau der neuen SAV:	17.11.25 – 28.11.25
Gesamtbauzeit:	28.07.25 – 28.11.25

Es ist eine angemessene Nachlaufzeit (mind. 4 Monate) für etwaige Mangelbeseitigungs- und Restleistungen sowie für die Abrechnung einzukalkulieren. Ebenso ist ein angemessener Vorlauf von mind. 3 Wochen zur grundsätzlichen Einarbeitung in die Baumaßnahme (Bauvertrag, Ablaufplanung etc.), zur Maßnahmenvorbereitung und für vorbereitende Arbeiten (BÜ, Montage der Gleisjoche) einzukalkulieren.

Es ist mit bis zu 5 Nächten in Nachtarbeit zu rechnen.

Während der gesamten Bauzeit ist die ständige Erreichbarkeit bzw. Anwesenheit der Bauüberwachung zu gewährleisten, insbesondere in den kritischen Bauphasen sowie bei Nacht- und Wochenendarbeiten auf der Baustelle.

Sämtliche Kosten hierfür, insbesondere für Nacht- und Wochenendarbeiten, sind in den Angebotspreis einzukalkulieren.

Die Bauphasenpläne liegen als Anlage bei.

### 5.2 Terminverzögerungen

Bei erkennbarer Verzögerung einer Leistung ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen und dessen Entscheidung über das weitere Vorgehen einzuholen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer einen erhöhten Personaleinsatz, den Einsatz qualifizierten Personals oder Überstunden an Werk-, Sonn- und Feiertagen zu verlangen, wenn abzusehen ist, dass die vorgegebenen Termine nicht eingehalten werden oder die Einhaltung des Terminplans wegen nicht ausreichender Qualifikation des eingesetzten Personals gefährdet ist.

Der Auftraggeber behält sich vor, den ihm wegen Terminverzögerungen entstehenden Schaden geltend zu machen.

## 6. Leistungen des Auftragnehmers

**Örtliche Bauüberwachung** nach HOAI 2021 gemäß Anlage 13, besondere Leistungen der Leistungsphase 8, Punkt Örtliche Bauüberwachung.

Weiterhin sind zusätzliche besondere Leistungen zu erbringen (siehe nachfolgende Aufstellung).

- Plausibilitätsprüfung der örtlichen Kennzeichnung des Baufeldes
- Teilnahme an den Baubesprechungen
- Sofortige Information des AG bei Abweichungen zum Bauvertrag des AN-Bau
- Gemeinsames örtliches Aufmaß mit dem Auftragnehmer
- Bilddokumentation von Leerrohr- und Leitungsverlegungen (z.B. Entwässerungsleitungen) als Anlage zum örtlichen Aufmaß. Das örtliche Aufmaß von Leitungsgräben und Rohrleitungen erfolgt am offenen Graben.
- Mit jeder Abrechnung ist ein Massen–Kostenabgleich nach den Vorgaben der Kostenstruktur des AG zu erstellen (GVFG-Maßnahmenbereich gesondert). Es sind baubegleitende Leistungsfeststellungen und Leistungsnachweise zu erbringen. Dies hat ab Baubeginn zu erfolgen. Eine Abrechnung / Vergütung von Leistungen an das beauftragte Bauunternehmen ohne Aufmaß erfolgt nicht.
- Der zuständige Abrechner der bauausführenden Firma erstellt **gemeinsam** mit der örtlichen Bauüberwachung des AG das Feldaufmaß. Auf Basis dieser Feldaufmaße sind elektronisch Aufmaßblätter (DA 11) zu erstellen, die zur Prüfung an die örtliche Bauüberwachung des AG übergeben werden. Diese sind binnen einer **Frist von einer Woche** von der örtlichen Bauüberwachung zu prüfen (Prüfung und Rücklauf in DA 11 und Papierform) und mit dem AN abzustimmen. Auf Grundlage dieser geprüften Aufmaße wird dann die Abschlagsrechnung erstellt.
- Mit jeder geprüften Abschlagsrechnung ist ein Soll-Ist-Vergleich zu erstellen und vorzulegen mit bedarfsabhängiger Analyse der jeweiligen Anteile an Massen- und Leistungsänderungen.
- Mitwirken bei der Koordination der beteiligten Dritten im Baufeld, Unterstützung der Bauoberleitung und Projektsteuerung der Gesamtmaßnahme
- Dokumentation des Bauablaufs (Ist-Ablauf und eingesetzte Ressourcen)
- Führen eines Bautagebuchs mit genauer Leistungsbeschreibung (u.a. Zuordnung zu Vorgangsnummer im Bauzeitenplan des AN-Bau, Dokumentation der Materialeingänge, Einsatz von NU), einschl. Fotodokumentation (tägliche Aufnahme), wöchentliche Übergabe an den AG
- zeitnahe inhaltliche Kontrolle des Bautagebuchs des AN-Bau
- zeitnahe Dokumentation von Produktivitätsverlusten (z.B. Umsetzungsvorgänge etc.) bei Umstellung oder Störungen des Bauablaufs (auch im Falle des Eigenverschuldens des AN-Bau)
- Überwachung und Kontrolle der Ab- und Aufladevorgänge des vom AG beigestellten Gleisbaumaterials zur Qualitätssicherung und Einhaltung der jeweiligen Richtlinien sowie Vorgaben des Herstellers

- Prüfen und Bewerten der Berechtigung von Nachträgen. Die Prüfung beinhaltet: u.a. die Prüfung dem Grunde nach (Kausalität) sowie die Bewertung des kalkulierten bzw. tatsächlichen Aufwands. Die Prüfung der Höhe nach erfolgt durch die Bauoberleitung
- vorausschauende Bearbeitung von nachtragsrelevanten Sachverhalten, Erarbeiten von detaillierten Stellungnahmen und Vorschlägen für die Nachtragsabwehr
- Stellungnahmen und zeitnahe schriftliche Bewertung von Behinderungsanzeigen und Bedenkenanmeldungen
- Stellungnahme und zeitnahe Bewertung von Massenänderungen und Bedarfspositionen besonders im Hinblick auf rechtzeitige Veranlassung von Beauftragungen bzw. Bestellwerterhöhungen
- Stellungnahme und zeitnahe Bewertung von Mehrkostenanmeldungen und Dokumentation der kalkulationserheblichen Umstände einschließlich einer Kostenschätzung (Zuarbeit Änderungsmanagement)
- Während der Bauzeit ist die ständige Anwesenheit mindestens einer Person vor Ort erforderlich. Sofern es das anfallende Arbeitsvolumen (z.B. für örtliches Aufmaß) erfordert, sind weitere Personen für das Projekt abzustellen. Weiterhin ist die ständige telefonische Erreichbarkeit sicherzustellen. Die Anwesenheit und Erreichbarkeit ist ebenso bei Nacht- und Wochenendarbeiten zu gewährleisten.
- Prüfung des erstellten LV's auf eventuelle Mängel bzw. Optimierungspotenzial vor Ausschreibung der Maßnahme und Verfassen eines Prüfberichts mit allen Anmerkungen
- Sachstandsbericht zur Verwendung beim Projektstatusbericht, hierzu ist dem AG ein Referenzbericht vorzulegen

## **7. Honorarermittlung**

### **7.1 Honorargrundlagen**

Grundlage für die Honorarermittlung und Ingenieurleistung ist die HOAI in der Fassung 2021, unter Berücksichtigung der vorgenannten Einsatzzeiten.

Wir empfehlen zur Orientierung die Honorarzone III heranzuziehen.

Es besteht die Möglichkeit Zu- oder Abschläge auf das Angebot zu vereinbaren.

Die geschätzten Baukosten der Maßnahme belaufen sich auf ca. 5.000.000 Euro.

Mit Angebotsabgabe ist eine Angebotskalkulation vorzulegen.

Sollten Ihrerseits keine weiteren Angaben gemacht werden, gehen wir davon aus, dass der § 6 Abs. 2 Satz 5 HOAI im Rahmen einer Beauftragung keine Anwendung findet und mit Beauftragung ausgeschlossen wird.

Die Stundensätze für evtl. Stundenlohnarbeiten (inkl. Zuschläge) sind mit anzubieten / in das beigefügte Preisblatt auf der Plattform ausschreiben24.com einzutragen.

## 7.2 Nebenkosten

Die Nebenkosten sind pauschal, je Leistungseinheit festzusetzen.

## 8. Anlagen / Unterlagen

Folgende Unterlagen werden von der rnv zur Verfügung gestellt:

- Baubeschreibung
- Änderung des Asphaltaufbaus
- Pläne:
  - 20250616\_AQ-01\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250616\_AQ-03\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250616\_AQ-04\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250616\_AQ-05\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250616\_DLP\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250616\_HS-01\_ZMI\_H245\_LP5\_Vorabzug
  - 20250616\_KLP-HST\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250616\_LP\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250616\_RQ-01\_ZMI\_H175\_LP5\_Vorabzug
  - M2024-0104a rnv HD Montpellier ST MkII V3-3\_Vorabzug
  - M2024-0136a rnv HD Montpellier Blockprofil QS\_Vorabzug
  - M2025-0204 HD Montpellier QS SAS neu\_Vorabzug
  - 20250417\_BP-01a\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250417\_BP-01b\_HF\_LP5\_Vorabzug
  - 20250417\_BP-01c\_HF\_LP5\_Vorabzug

**[H175 H245 Bü BOL SiGeKo GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke]**  
[158-25-E11]

## Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
2. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
3. Die „Allgemeine Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
4. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
5. Die aktuell gültige Fassung der HOAI
6. Die aktuell gültige Fassung des BGB



Rhein - Neckar - Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim

## **H175 Gleiserneuerung Montpellierbrücke**

## **H245 Barrierefreier Ausbau Hst. Montpellierbrücke**

### **Gleis- und Straßenbauarbeiten**

### **Ausschreibung**

### **Allgemeine Baubeschreibung**

#### **VORBERMERKUNGEN**

Die nachstehenden Angaben befreien den Auftragnehmer nicht von der Verpflichtung zur genauen Prüfung der für das Angebot und die Ausführung der Bauleistungen maßgebenden Verhältnisse.

Bei Widersprüchen im LV gelten die Angaben in den Positionen vor denen in den Vorbemerkungen und in den ggf. beiliegenden Plänen.

Vor Ausarbeitung des Angebotes hat sich der Bieter über die örtlichen Verhältnisse an der Baustelle zu vergewissern. Unklarheiten im Leistungsverzeichnis hat er vor Angebotsabgabe mit dem AG zu klären.

## Inhaltsverzeichnis

1.	VORGABEN ZUR ANGEBOTSABGABE .....	4
2.	ALLGEMEINES .....	5
2.1.	ART UND UMFANG DER MAßNAHME .....	5
2.2.	AUSZUFÜHRENDE LEISTUNGEN .....	5
2.2.1.	Allgemein .....	5
2.2.2.	Lieferung und Transport.....	8
2.2.3.	Verkehr während der Bauzeit .....	8
2.2.4.	Bauphasen .....	9
2.2.5.	Leitungen und Signaltechnik .....	9
2.3.	BAUZEITEN .....	10
2.4.	GRUNDSÄTZLICHE ANGABEN ZUR DURCHFÜHRUNG DER MAßNAHME.....	10
2.5.	RÜCKSICHT AUF SONSTIGE MAßNAHMEN .....	11
2.6.	BEWEISSICHERUNG.....	12
2.7.	KAMPFMITTEL UND PRÄHISTORISCHE FUNDE .....	12
2.8.	BIETEREINTRAGUNGEN .....	13
2.9.	BAUSTELLENBESICHTIGUNG .....	13
2.10.	VERANTWORTLICHER BAULEITER / ANSPRECHPARTNER VOR ORT .....	13
2.11.	NICHT ERWÄHNT UND UNVORHERGESEHENE LEISTUNGEN .....	14
2.12.	NACHTRÄGE, STUNDENLOHN- UND ZEITNACHWEISE .....	14
2.13.	VORGABEN ZUR ABRECHNUNG.....	15
3.	BESCHREIBUNG DER ÖRTLICHEN VERHÄLTNISSE .....	15
3.1.	ANSCHLUSS AN DAS VERKEHRSNETZ .....	15
3.2.	LAGER- UND ARBEITSPLÄTZE .....	15
3.3.	BESONDERE ERSCHWERNISSE .....	16
3.4.	ANSCHLUSSMÖGLICHKEITEN AN VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN 17	
3.5.	IM BAUBEREICH LIEGENDE VERSORGUNGSLEITUNGEN UND ANLAGEN 17	
3.6.	BODENVERHÄLTNISSE.....	19
4.	VERKEHRSREGELUNG / VERKEHRSSICHERUNG .....	19
4.1.	REGELAUFBAU GLEISANLAGEN, FAHRBAHN UND GEHWEGE.....	20
5.	AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN.....	21

5.1.	PLANUNTERLAGEN DER AUSFÜHRUNGSPLANUNG .....	21
5.2.	VOM AUFTRAGNEHMER ZU LIEFERNDE AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN.....	22
5.2.1.	URKALKULATION .....	22
5.2.2.	FREISTELLUNGSBESCHEINIGUNG .....	23
5.2.3.	BAUZEITENPLAN.....	23
5.2.4.	BAUTAGEBUCH.....	23
6.	VERMESSUNGSARBEITEN .....	24
6.1.	BAUVERMESSUNG .....	24
6.2.	BESTANDSVERMESSUNG .....	24
7.	ALLGEMEINE HINWEISE .....	24
7.1.	BAUSTOFFLIEFERUNG .....	24
7.2.	LIEFERSCHEINE .....	25
7.3.	UMWELT .....	25
7.4.	GERÄTEEINSATZ.....	26
7.5.	VERHINDERUNG VON ARBEITSLÄRM.....	26
7.6.	AUFGRABUNGEN - RÜCKSCHNITT.....	26
7.7.	VERWENDUNG VON RECYCLINGMATERIAL .....	27
7.8.	BESEITIGUNG VON MATERIALIEN.....	27
7.9.	VERSCHMUTZUNGEN BZW. BESCHÄDIGUNGEN DER STRAßENOBERFLÄCHEN / GRÜNANLAGEN .....	28
7.10.	ENTWÄSSERUNG WÄHREND DER BAUZEIT .....	28
7.11.	UNFALLVERHÜTUNG .....	28
7.12.	ARBEITSSICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ .....	29
7.13.	NATURSTEINE OHNE AUSBEUTERISCHE KINDERARBEIT .....	29
7.14.	SICHERHEITSBELEHRUNG ÜBER GEFAHREN DER BAHNSTROMANLAGEN .....	30
7.15.	ABNAHMEN .....	30
7.16.	DIN - NORMUNGEN .....	30
8.	ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN .....	31



## **1. VORGABEN ZUR ANGEBOTSABGABE**

Die Abgabe der Angebote hat neben der Schriftform auch zusätzlich in digitaler Form mit Datenart 84 nach REB zu erfolgen.

Den Angebotsunterlagen sind das Leistungsverzeichnis der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) beigelegt.

Das Leistungsverzeichnis beschreibt Gewerübergreifende Maßnahmen, Maßnahmen zur Gleiserneuerung H175 sowie Gleiserneuerung H245 inklusive der Haltestellensanierung – Auftraggeber ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH.

Für die Durchführung der geplanten Arbeiten im Bereich der Montpellierbrücke handelt es sich neben Gleis- und Straßenbau auch um komplexe Instandhaltungsarbeiten an einem Ingenieurbauwerk.

Daher ist sicherzustellen, dass der Auftragnehmer und seinen Nachunternehmer über die erforderliche Fachkenntnis im Bereich Brückeninstandsetzung und konstruktiven Ingenieurbau verfügt.

## **2. ALLGEMEINES**

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH möchte über die Sommerferien Baden-Württemberg 2025 die Gleise sowie Haltestellen auf der Montpellierbrücke in Heidelberg erneuern und barrierefrei herstellen. Die nachstehend aufgeführten Arbeiten enthalten Gleis-, Straßen- und Tiefbauarbeiten sowie Stahlbetonarbeiten und Verlegung von Fertigteilen aus Stahlbeton.

### **2.1. Art und Umfang der Maßnahme**

Das Bauvorhaben umfasst die vollständige Erneuerung der Gleise auf der Montpellierbrücke sowie die Erneuerung der Gleis-Anschlussbereiche auf Höhe Czernyring und Lessingstraße von insgesamt ca. 265m Doppelgleis.

Ebenfalls wird die Haltestelle Montpellierbrücke beidseitig abgebrochen und barrierefrei hergestellt. Die Haltestellen sind einmal ca. 65m und einmal ca. 50m lang.

Die Arbeiten werden grundsätzlich im Zweischichtbetrieb ausgeführt. Wochenend- sowie Nachtarbeit sind bei Bedarf ebenfalls durch den AN einzuplanen, wenn erforderlich. Notwendige Genehmigungen sind durch den AN zu erwirken und die Kosten hierfür in die Einheitspreise einzukalkulieren. Die Arbeiten können jeweils von 07:00 – 20:00 Uhr ausgeführt werden.

### **2.2. Auszuführende Leistungen**

#### **2.2.1. Allgemein**

Die Bauarbeiten werden vom **28.07.2025** bis zum **28.11.2025** unter Vollsperrung des Schienenverkehrs durchgeführt.

Im Zuge der Sanierung der Montpellierbrücke wird als separates Projekt die Tram-Gleisanlage auf dem Tragwerk, mit den Gleisanlagen im direkten Vor- und Nachlauf zum Tragwerk komplett erneuert, sowie die Haltestellenanlage barrierefrei ausgebaut.

#### **Gleisbau:**

Die bisherige Gleisanlage auf der Brücke besteht aus Rahmengleisen mit Schienenprofil 51R1 und einer Polymer-basierenden, schäumten Schienenummantelung der Bauart „Polyplan“, mit einem Kompakt-PU Fugenverguss. Die Gleisrahmen sind direkt auf der alten Flüssigkunststoff-Brückenabdichtung aufgelegt und in unregelmäßigen Abständen, situativ im Gleisachsfeld mit einfachen Klemmplatten auf der Brückendeckplatte verübelt.

Die vorhandene alte Gleisanlage bestehend aus Rillenschienen inkl. der Eindeckung wird aufgenommen und der Beton auf der Brücke abgebrochen und mittels Hochdruckwasserstrahlen entfernt.

Nach Abtragen des Auf- und Schutzbetons ist die Höhe der Brücke durch einen Vermesser einzumessen. Bis zur Auswertung, welche ca. 1,5 Wochen dauert, sind Arbeiten weiterhin möglich. Diese sind im Vorfeld jedoch mit dem AG abzustimmen.

Im Bereich der ÜKO „Weststadt“ ist pro Gleis ein Entwässerungskasten vorhanden, welcher auszubauen ist. Die im Bereich des Knotens/der Überfahrt Lessingstraße vorhandenen Schienenauszugsvorrichtungen werden durch neue Anlagen ersetzt.

Die Gleise an der Lessingstraße werden zwischen Schienenauszugsvorrichtung der in der Straße befindlichen Fußgängerquerung erneuert.

Auf der Seite Bahnstadt sind die Gleise bis zu den Weichenspitzen, inkl. des dort vorhandenen Weichensperrkreises zu erneuern.

Auf dem Tragwerk wird für die Tram-Gleisanlage neu eine Feste Fahrbahn als integrale Verbundkonstruktion mit Verstärkung der Kragarme hergestellt.

Die neuen Schienen Profil 53R1 werden mittels ERS-Schienenbefestigung in Stahltrögen der Bauart

INFUNDO-LR-ST Mk II-FL kontinuierlich elastisch gelagert, elektrisch isoliert und verklebt.

Die Stahltröge sind über Kopfbolzen in der Bewehrung der neuen Verbundplatte rückverankert. Zwischen der bestehenden Tragwerksdeckplatte und der neuen Fahrbahnplatte sorgen Anschlussbewehrung, bzw. Schubverbinder/Betonschrauben für einen schubfesten Verbund. Hierfür werden die bestehenden Dübel genutzt.

Im Bereich der ÜKO Seite Weststadt werden die Gleisentwässerungskästen neu positioniert und ebenfalls in Stahltrögen des ERS-/

INFUNDO-Systems isoliert gelagert. Gleiches gilt für Gleisanschlusskästen. Vorgängig vor dem Einbau der Stahltröge, Schubverbinder und Verbundplattenbewehrung sind vorhandene Tropftüllen freizulegen, zu verlängern und in der Funktion wiederherzustellen.

Zum Aufkleben der neuen Brückenabdichtung (Bitumenschweißbahn) sind die Stahltröge auf den Außenseiten mit Flanschblechen versehen. Nach dem Betonieren der neuen Fahrbahnplatte werden die Stahltröge untereinander wasserdicht verschweißt und ein integraler Bestandteil des Brückenabdichtungskonzepts. Die Eindeckung der Gleisanlage und Fahrbahnplatte erfolgt 2-lagig mit Gussasphalt und nachträglichem Fugenverguss zwischen Asphaltdeckschicht und Stahltrögwangen

Im Bereich des Widerlagers Weststadt wird vorgängig eine neue Fugenübergangskonstruktion eingebaut. Auf der Kammerwand des Widerlagers sind für die Gleisanlage ebenfalls Stahltröge einzubauen. Zur Aufnahme der neuen Schienenauszugskonstruktionen werden diese landseits mit einer Festen Fahrbahn auf der Basis von Stahltrögen der Bauart INFUNDO-LR-ST Mk III verlängert. Auch die Schienenauszugskonstruktionen werden im ERS-System gelagert, elastisch und elektrisch isoliert befestigt.

Der Anschlussbereich Lessing-/Ringstraße wird als 60 R2 Rillenschienen hergestellt. Der Schienenunterguss auf der vorhandenen Betontragplatte wird entfernt und die Gleise auf der mit neuem Schienenunterguss wieder montiert.

Auf der Seite Bahnstadt ist die vorhandene ÜKO auf der Basis der Bauart ÜBe1 an die neue Höhenlage der Schienenoberkante mit Aufschweißblechen anzupassen.

Zwischen den Gleisen auf Seite der Lessingstraße wird der reguläre Asphaltaufbau eingebaut. Zwischen den Schienen wird eine Asphaltbinder- und Deckschicht auf Beton mit abgesenkten Spurstangen, um höhere Stabilität der Gleise zu gewährleisten und ein Durchdrücken der Spurstangen zu vermeiden.

Im Anschlussbereich Bahnstadt/Czernyring werden die Schienen auf dem vorhandenen westlichen Rheda-City-System ausgetauscht und neu montiert. Auf der süd-östlichen Gleisseite befindet sich noch eine alte Betontragplatte aus Rillenschienen. Diese werden demontiert und die Platte abgebrochen. Anschließend wird dort eine komplett neue Gleisanlage Rheda-City-D aus Rillenschienen mit Schienenprofil 60 R2 sowie Übergangsschiene 60R2 zu 53R13 hergestellt.

Die zu erneuernden Schienen- und Gleisentwässerungskästen sind vor Einbau vollständig gegen Streustrom zu isolieren.

**Bahnsteige:**

Die vorhandenen Bahnsteige werden abtransportiert. Die Haltestellenausstattung wird abgebaut, gelagert und wieder eingebaut. Das Geländer samt Spritzschutz muss entsprechend stückweise neu hergestellt werden.

Unter anderem werden die Beleuchtungsmasten und stellenweise der Spritzschutz gelagert und wiedereingebaut.

Die Bahnsteige werden auf einer Höhe von 30cm über Schienenoberkante hergestellt. Als Bauweise kommen Platten aus Betonfertigteilen auf Ortbeton-Streifenfundamenten zum Einsatz. Der Zugang erfolgt über Rampen aus Ortbeton mit max. 6 % Neigung am Anfang der Bahnsteige. Zur besseren Orientierung ist auf den Bahnsteigen ein integriertes taktiler Bodenleitsystem aus Rippen- und Noppenplatten vorgesehen.

Unterhalb der Fertigteile befindet sich im U-Profil ein Leitungspaket. Hierbei ist ebenfalls die Sammelschiene zur Erdung diverser Bauteile angebracht. Zugang zum U-Profil erhält man über einen Schachtdeckel innerhalb der neuen Haltestellenfertigteile.

Die Fertigteile haben bereits Öffnungen für Kabelzugarbeiten. Ebenfalls sind bereits Kerben für das Blindenleitsystem eingelassen. Dieses wird in diesem Fall als Fliese verbaut.

Die weitere Haltestellenausstattung wird neu geliefert und verbaut. Die Bestandsbeleuchtungsmasten werden mit neuen Leuchtkörpern versehen.

**Verkehrsflächen:**

Im Bereich der Baumaßnahme werden die Busauffahrten vollständig saniert.

Ebenfalls müssen die Gussasphaltabdichtungen und Gussasphaltrinnen sowie die Klebeflachborde nach Abbruch neu hergestellt werden.

**Beleuchtung/ FSA:**

Die im Bau Feld befindliche Beleuchtungsanlage wird teilweise erneuert. Hierbei sind wie bereits beschrieben die Bestandsbeleuchtungsmasten abzumontieren, zu lagern und wieder einzubauen. Diese werden dann lediglich mit neuen Leuchtkörpern versehen.

Die Leerrohranlage ist zu ergänzen bzw. neu herzustellen.

Die Koppelspulen werden teilweise erneuert und neu platziert. Zusätzlich wird eine Leerrohrverbindung zum Kabelkanal unterhalb der Haltestelle benötigt.

**Entwässerung:**

Für die Herstellung der Entwässerung werden Arbeiten im Hohlkastens der Brücke notwendig. Unter anderem müssen Kernbohrungen für Rohrdurchführungen gemacht werden. Innerhalb des Hohlkastens herrscht eingeschränkter Bewegungsraum. Ggf. müssen Arbeiten dort Überkopf ausgeführt werden.

Die Entwässerungsleitungen sind nach Durchführung teilweise auch an der Brücke zu befestigen. Hierfür wird eine Hebebühne benötigt, die Arbeiten finden in ca. 8m Höhe statt.

### 2.2.2. Lieferung und Transport

Die Liefertermine der Schienen und Tröge sind unterschiedlich. Voraussichtlich werden die Schienen der Anschlussbereiche sowie die vorbehandelten Schienen und Tröge am 04.08.2025 geliefert.

Die Schienenauszugsvorrichtung wird voraussichtlich erst ab 20.10.2025 geliefert.

Die Schienen zum Einbau in den Trog werden direkt auf die Baustelle bzw. dem Lagerplatz den AN geliefert. Diese kommen eingepackt und verschweißt, da diese vor Einbau vor Umwelteinflüssen geschützt werden. Die Montage der Schienen erfolgt dann bauseits vor Ort.

Alle weiteren Schienen werden ebenfalls auf die Baustelle bzw. dem Lagerplatz des AN geliefert und müssen dort montiert werden.

Das Drehen der Schienen, die seitliche Entladung sowie die Kontrolle der gelieferten Bauteile ist einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet.

Hier ist auch die Montage zu Jochen inkl. Isolierung und Kammerfüllelementen vorgesehen. Der Transport der Gleisjoche vom Lagerplatz zur Einbaustelle (einschließlich Auf- und Abladen) erfolgt durch den AN und wird gem. LV-Position abgerechnet.

Die Gleisentwässerungskästen können auf dem Betriebshofgelände des AG abgeholt werden. Der genaue Abholort wird während der Baumaßnahme durch den AG benannt.

**Der Förderweg beträgt ca. 5 km.** Das Entladen vor Kopf auf der Baustelle ist einzukalkulieren.

Sämtliche übrigen Baustoffe sind durch den AN zu liefern.

Sämtliche Leistungen, auch die Anlieferung aller Stoffe inkl. der Schienen und des restlichen Gleismaterials müssen „vor Kopf“ und „just in time“ erfolgen. Der hierfür erforderliche Mehraufwand ist zu berücksichtigen und entsprechend einzukalkulieren.

Für den Einbau der Gleisentwässerungskästen ist die beiliegende Einbauanleitung zu beachten.

Die Entwässerungsschlitze in den Rillenschienen dürfen **nicht** durch Brennen hergestellt werden

### 2.2.3. Verkehr während der Bauzeit

Die Arbeiten werden unter Vollsperrung des Schienenverkehrs durchgeführt. Die Fahrleitung ist während der Bauarbeiten stromlos.

Der Individualverkehr wird einspurig über die gesamte Bauzeit ununterbrochen, in beide Richtungen über die Brücke geleitet.

Der Baustellenbetrieb ist so zu organisieren, dass die Verkehrssicherheit für Fußgänger, Radfahrer und Kfz gemäß der koordinierten Verkehrsführungspläne gewährleistet ist.

#### **2.2.4. Bauphasen**

Die Durchführung der Bauarbeiten erfolgt in drei Bauphasen. Die Bauphase 1 wird zeitlich nochmals unterteilt, da ein Teil des Baufeldes aufgrund einer Baumaßnahme Dritter aus Verkehrssicherungsgründen nicht von Anfang an genutzt werden kann.

##### **Bauphase 1a ab 28.07.2025 bis 30.07.2025:**

Bei den durchzuführenden Arbeiten während der Bauphase 01a handelt es sich um:

Einrichten der Verkehrssicherung auf der Brücke sowie aufstellen der Umleitungsbeschilderung, sowie der Ausbau der Schienenauszugsvorrichtung im Bereich der Lessingstraße.

##### **Bauphase 1b ab 31.07.2025 bis 28.11.2025:**

Erweiterung des Baufeldes nach Norden im Bereich der Übergangskonstruktion Lessingstraße/Montpellierbrücke.

Die Übergangskonstruktion (ÜKo) wird in diesem Zuge durch Dritte abgebrochen und erneuert. Nach Abbruch der ÜKo wird die neue Schienenauszugsvorrichtung eingebaut.

Währenddessen finden Abbrucharbeiten von Asphalt, Gleisen und Beton hierbei parallel mit dem Gleisbau statt. Der Gleisbau hierbei beinhaltet unter anderem auch:

- Herstellen neuer Betonschichten
- Abdichtarbeiten auf der Brücke
- Leitungsarbeiten
- Einbau der Schienenauszugsvorrichtung
- Gleisbau des Trogsystems
- Asphaltarbeiten auf der Brücke

Zu dieser Zeit können ebenfalls parallel die Haltestellenfertigteile abgetragen und neu hergestellt werden sowie der Anschlussbereich der Bahnstadt/Czernyring im Rheda-City-System vollständig hergestellt werden.

##### **Bauphase 1c ab 17.11.2025 bis 28.11.2025:**

In der letzten Bauphase sind die Arbeiten an der Übergangskonstruktion durch Dritte abgeschlossen.

Hier kann zuletzt der Anschlussbereich in der Lessingstraße hergestellt werden. Dies beinhaltet:

- Abbruch der Asphalt- und Betoneindeckung
- Abbruch der Gleise mit Unterguss
- Herstellen der neuen Gleise mit Unterguss im Widerlagerbereich
- Herstellen der neuen Asphalt- und Betoneindeckung im Widerlagerbereich

#### **2.2.5. Leitungen und Signaltechnik**

Der Aus- und Einbau der Gleisschaltmittel, wie z.B. Koppelspulen, Verteiler, IMU, Hilfseinschalt-detektor und Achszählern wird durch die Fachabteilungen des Auftraggebers oder durch die von ihm beauftragten Dritten selbst durchgeführt.

Der AN ist dafür verantwortlich, die vorhandene Lage der Schienenkontakte und Signaldetektoren vor dem Ausbau fachgerecht zu markieren und zu sichern sowie die entsprechenden durch den AN zu liefernde und einzubauende Schutzkästen einzubauen. Damit kann der AG oder die von ihm beauftragten Dritten die Gleisschaltmittel wieder einbauen. Sämtliche Arbeiten hierfür sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Gleisschaltmittel, die gemäß LV-Positionen durch den AN auszubauen sind, dürfen erst nach Freigabe und Angabe des AG bzw. eines Beauftragten des AG fachgerecht demontiert werden.

Für die Anbindung der vorhandenen oder zu erneuernden Gleisschaltmittel werden neue Leerrohre hergestellt und an neue Kabelschächte und Kabelkanäle angeschlossen. Vorhandene Leerrohranlagen werden teilweise ergänzt bzw. erneuert.

### **2.3. Bauzeiten**

Beginn der Bauarbeiten: **28.07.2025**

Abschluss der Gleis- und Tiefbauarbeiten: **28.11.2025**

Probefahrt: voraussichtlich 28.11.2025, 18:00 Uhr

Inbetriebnahme: 29.11.2025 mit Betriebsbeginn

Für die Bauphasen sind Mehrschichtbetrieb und Wochenend- bzw. Feiertagsarbeit nach Bedarf einzuplanen.

Erforderliche Genehmigungen sind durch den AN einzuholen, anfallende Gebühren gehen zu seinen Lasten.

Eine Verschiebung einzelner oder mehrerer der oben genannten Termine durch den AG berechtigen den AN nicht automatisch zu Nachforderungen gegenüber dem AG.

### **2.4. Grundsätzliche Angaben zur Durchführung der Maßnahme**

Der Bieter verpflichtet sich zur Einhaltung der Termine zur Bereitstellung von Geräten und Personal in ausreichendem Umfang. Mehrkosten können nicht in Ansatz gebracht werden.

**Die Bauarbeiten werden unter den spannungslosen Fahrdrähten sowie deren Verspannungen bzw. Tragwerken durchgeführt!**

Hieraus resultierende Maßnahmen und Mehrkosten sind in die Positionen einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Es dürfen ausschließlich Geräte mit Hubbegrenzung und nur Solofahrzeuge, d.h. keine Sattelschlepper, eingesetzt werden.

Abbrucharbeiten dürfen nicht mit großem Gerät ausgeführt werden.

Die Verwendung von Abbruchhämmern im Bereich der Brückenkonstruktion ist nicht erlaubt.

Nach dem Abtragen des Betons und dem Entfernen der Abdichtung werden an verschiedenen Stellen Chloridmessung durchgeführt. Hierfür müssen Betonmehl-Proben entnommen werden. Diese Messungen dauern bis zur Auswertung ca. eine Woche.

Während dieser Zeit kann der AN in Abstimmung mit dem AG weiterhin Arbeiten ausführen.

Bereits abgedichtete Flächen dürfen nicht mehr befahren werden.

Die zu erneuernden Gleisentwässerungskästen sind vor Einbau vollständig gegen Streustrom zu isolieren und nach Einbau mit Untergussmasse Icosit KC 340/65 oder gleichwertig zu untergießen. An der Unterseite des Kastens erfolgt die Streustromisolierung durch die Vergussmasse.

Auf der Baustelle sind die Gleisentwässerungskästen an die vorhandenen Anschlussleitungen anzuschließen. Die beiliegende Einbauanweisung Gleisentwässerungskasten ist zu beachten.

Die Einbauanweisung der Oberbau-Systeme Rheda City und edilon)(sedra ist zu befolgen und wird Vertragsbestandteil.

Für die Arbeiten auf der Brücke gelten besondere Anforderungen, welche nachfolgend aufgeführt werden.

- Der Ausbau des Gleiskörpers ist erschütterungsarm und unter besonderer Berücksichtigung der bestehenden Bauwerkssubstanz durchzuführen.
- Ein Abbruch mittels Baggermeißel ist nicht zulässig.
- Der Rückbau von Bestandsbeton oder Asphalt im Bereich der Gleistrasse darf nur in Handarbeit erfolgen.
- Sämtliche Bautätigkeiten im Rahmen der Gleiserneuerung finden auf dem inneren Kragarm des Hohlkastens der Hauptbrücken statt. Die ausführenden Firmen sind ausdrücklich auf diese besonderen Rahmenbedingungen hinzuweisen.
- Die Befestigungssysteme der neuen Einbauten dürfen in den Bestandsbauwerk kein Schaden verursachen.
- Es dürfen keine Beeinträchtigungen der Tragstruktur oder Schutzschichten der Brücke erfolgen.
- Die möglichen Baufahrzeuge, die während der Gleissanierung zum Einsatz kommen, dürfen folgende Achslasten und zulässige Gesamtlast nicht überschreiten.
  - Zulässige Achslast: max. 10,9 t
  - Zulässige Gesamtlast: max. 22,6 t
  - Der minimale Radabstand beträgt 2,50m.

## **2.5. Rücksicht auf sonstige Maßnahmen**

Es werden parallele Arbeiten auf der Brücke stattfinden. Bas Baufeld 1 ist hierdurch zeitlich eingeschränkt und nur bedingt bearbeitbar (siehe Punkt 2.2.4.).

Hierbei ist besonders auf die Sanierung der städtäuswärtigen Fahrbahnen innerhalb der Sommerferien durch Dritte Rücksicht zu nehmen. Durch diese Arbeiten sind die Ausführungen ggf. mit Dritten abzustimmen und es kann zu Einschränkungen im Bau-feld kommen.

Von 14.11.2025 bis 17.11.2025 finden im Anschlussbereich Lessingstraße Deckensanierungsarbeiten statt. Der Bereich kann in dieser Zeit nicht bebaut werden, ebenfalls ist die BE-Fläche auf der Brücke über diesen Zeitraum nur begrenzt verfügbar.



Teilweise gleichzeitig mit den Stahlbetonarbeiten werden insbesondere Arbeiten hinsichtlich der Signaltechnik und LSA / FSA durch Dritte erforderlich sein.

Die rnv oder deren Nachunternehmer werden nach und während der Herstellung der Haltestelle die Haltestellenausstattung zum Teil selbst anliefern und Montagearbeiten sowie Anschlussarbeiten durchführen.

Ebenfalls wird vor der Probefahrt noch eine Kontrolle der Fahrleitung durch die rnv durchgeführt werden.

Behinderungen dieser Auftragnehmer sind grundsätzlich zu vermeiden. Die durchzuführenden Arbeiten sind mit ihnen eigenverantwortlich abzustimmen und im Bauablauf zu berücksichtigen. Behinderungen, die dem AN aufgrund mangelhafter Abstimmung oder nicht ausreichender Vorinformation entstehen, berechtigen ihn nicht zu Nachforderungen gegenüber dem AG.

Andere Auftragnehmer haben jederzeit das Recht, durch den AN angelegte bzw. zu unterhaltende Überfahrten, Provisorien oder Baustraßen unentgeltlich mitzubenutzen.

## **2.6. Beweissicherung**

### **Der AG lässt im Vorfeld ein Beweissicherungsverfahren durch einen Sachverständigen durchführen**

Vor Beginn der Bauarbeiten wird darüber hinaus zur Bestandsaufnahme mit dem AG eine gemeinsame Begehung durchgeführt, um den derzeitigen Zustand der Anschlussbereiche, der vorhandenen Straßen, Wege, Grünflächen, Plätze und baulicher Anlagen zu besichtigen. Über den jeweiligen Zustand wird vom AN eine Niederschrift mit Bilddokumentation angefertigt und dem AG als Bestandsdokumentation übergeben. Eventuelle Schadensersatzansprüche der Eigentümer hinsichtlich Schäden, welche durch den AN durch unsachgemäßes Arbeiten oder Fahrlässigkeit verursacht wurde, gehen zu Lasten des AN und sind zwischen diesem und den Betroffenen eigenständig zu regulieren. Die im Vorfeld vom AN durchgeführte Beweissicherung wird dabei zu Grunde gelegt. Ebenfalls hat der AN ein Brückenbuch bei Durchführung der Beweissicherung zu erstellen und dies dem AG zu übergeben.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei Schäden während der Ausführung die Schadensregulierung dem AN obliegt.

Vor dem Einbau der neuen Gleisanlage ist eine Zustandsfeststellung der vorhandenen Bauwerksflächen mit dem Tiefbauamt der Stadt Heidelberg durchzuführen und zu dokumentieren.

## **2.7. Kampfmittel und prähistorische Funde**

Sollten im Zuge der Bauarbeiten innerhalb der Anschlussbereiche Gegenstände aufgefunden werden, die auf Kampfmittelreste aus Kriegseinwirkungen oder prähistorische Objekte schließen lassen, so ist die örtliche BÜ unverzüglich zu informieren. Die Arbeiten in diesem Bereich sind sofort einzustellen.

Das verdächtige Objekt darf weder freigelegt noch irgendwie behandelt oder gar transportiert werden.

Ein kampfmittelfreies Baufeld ist gewährleistet.

Für die Erkundung des Baugrundes sind Leistungen im Abschnitt Baustelleneinrichtung ausgeschrieben.

Sollte die Art des Fundes eine Untersuchung des Baugeländes durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst notwendig machen, erfolgt die Beauftragung durch den AG.

## **2.8. Bietereintragungen**

Alle geforderten Bietereintragungen müssen bei Abgabe des Angebotes vollzogen sein. Hierzu gehören Angaben über Arbeitsgemeinschaft und Nachunternehmer, außerdem ggf. geforderte Güte- und Eignungsnachweise.

## **2.9. Baustellenbesichtigung**

Um die Baustelle mit ihren Eigenheiten beurteilen zu können, wird empfohlen, den Umbaubereich vor Abgabe des Angebots zu besichtigen.

Die Anlagen befinden sich vollständig im öffentlichen Verkehrsraum, so dass die Begehung in Eigenregie und ohne Beteiligung des Auftraggebers erfolgen kann.

Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebotes, von der Örtlichkeit Kenntnis erlangt zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben.

## **2.10. Verantwortlicher Bauleiter / Ansprechpartner vor Ort**

Der AN benennt mit Angebotsabgabe schriftlich einen verantwortlichen Bauleiter und dessen Vertreter. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort der bauüberwachenden Stelle sowie dem AG mitzuteilen. Der verantwortliche Bauleiter (oder dessen Vertretung) nimmt an den vom AG angesetzten Baubesprechungen teil.

### **Sachkundiger Planer (Instandhaltung Betonbauwerke)**

Es ist ein sachkundiger Planer gemäß TR-Instandhaltung (TR IH) einzusetzen. Nachweis der Fachkunde gemäß DAfStb Heft 638 und RL SIB (Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen).

### **Bauleiter und dessen Vertreter**

Der Bauleiter muss über eine abgeschlossene Ausbildung im Bauingenieurwesen oder gleichwertige Qualifikation verfügen.

Nachweislich mehrjährige Erfahrung in der Bauleitung von Brückeninstandsetzungsmaßnahmen, idealerweise auf Grundlage der ZTV-ING.

Im Besitz eines gültigen SIVV-Scheins (Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen).

### **Polier / Vorarbeiter und dessen Vertreter**

Nachweisbare Erfahrung in der Ausführung von Maßnahmen an Ingenieurbauwerken.

Einschlägige Kenntnisse im Umgang mit tragenden Bauteilen, Abdichtungen, Betonsanierungen und Schutzeinrichtungen.

Teilnahme an regelmäßigen Sicherheitsunterweisungen, insbesondere bei Nacht- und Verkehrsbaustellen.

Im Besitz eines gültigen SIVV-Scheins (Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen).

Die benannten Personen sind im Angebotsverfahren zu deklarieren.

Aufgrund der komplexen baulichen Rahmenbedingungen sowie der engen terminlichen Vorgaben ist die regelmäßige Präsenz des verantwortlichen Fachpersonals auf der Baustelle zwingend erforderlich:

- Der Bauleiter ist an mindestens drei vollen Arbeitstagen pro Kalenderwoche persönlich auf der Baustelle anwesend.
- Der Polier ist an allen fünf Arbeitstagen pro Woche durchgehend vor Ort einzuplanen.
- Der sachkundige Planer für Betoninstandsetzungsarbeiten ist verbindlich in sämtliche Baubesprechungen einzubinden und muss bei technisch relevanten Fragestellungen zur Instandsetzungsplanung zur Verfügung stehen.

## **2.11. Nicht erwähnte und unvorhergesehene Leistungen**

Die in den Vorbemerkungen beschriebenen Leistungen sind in jedem Falle in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzukalkulieren, sofern sie nicht gesondert im LV als Positionen ausgewiesen sind.

Falls in den Vorbemerkungen und im Leistungsverzeichnis wesentliche Bauleistungen zur gebrauchsfertigen Erstellung der Baumaßnahme unerwähnt sind, hat der Bieter im Angebotsschreiben darauf hinzuweisen.

Fallen in Gewerken, in denen keine entsprechenden Einheitspreise vorliegen, unvorhergesehene Leistungen an, so gelten, falls in anderen Gewerken des Leistungsverzeichnisses vorhanden, die Einheitspreise der entsprechenden Positionen.

## **2.12. Nachträge, Stundenlohn- und Zeitnachweise**

Für sämtliche zusätzlichen Leistungen sind vor Ausführung Mehrkostenanmeldungen gem. VOB/B einzureichen. Im Nachgang eingereichte Mehrkostenanmeldungen werden nicht anerkannt. Die Nachträge sind den Mehrkostenanmeldungen zuzuordnen und gemäß der LV-Struktur aufzubauen.

Bei der Aufstellung von Nachträgen ist das Formblatt KEV 333 Aufgl Preis 3 zu verwenden!

Es werden auch eigene EDV-Ausdrucke zugelassen, sofern diese nachvollziehbar sind. Darüber hinaus müssen sie strukturell an vorgenanntes Formblatt angelehnt sein.

Arbeiten auf Nachweis (Stundenlohnarbeiten) dürfen nur nach besonderer Anordnung des AG begonnen und ausgeführt werden.

Stundenlohnnachweise sind spätestens am nächsten Werktag der zuständigen Bauleitung zur Anerkennung vorzulegen. Ebenso wird bei unvorhergesehenen Erschwerissen verfahren.

### **2.13. Vorgaben zur Abrechnung**

Zu jeder Position ist ein Aufmaßblatt zu erstellen, welches durch die örtliche Bauüberwachung zu unterzeichnen ist. Der Bezug zu Abrechnungsplänen und -skizzen ist herzustellen.

Ab der 1. Abschlagsrechnung sind nachvollziehbare Massenermittlungen auf der Grundlage von gemeinsam durchzuführenden Aufmaßen (AN und örtliche Bauüberwachung) vorzulegen. Eine Auszahlung ohne Aufmaß erfolgt nicht.

**Innerhalb von 12 Werktagen nach Inbetriebnahme der Stadtbahn ist eine Teilschlussrechnung zu stellen.**

Zusätzlich zum Aufmaß und zum Abnahmeprotokoll ist vom Auftragnehmer ein Aufmaßplan zu fertigen.

Angaben über die Lage verlegter Leitungen und Leerrohre erfolgen im Aufmaßplan durch Eintragung nachvollziehbarer Maßketten.

Der zuständige Abrechner der ausführenden Firma erstellt gemeinsam mit der BÜ des AG das Feldaufmaß. Auf Basis dieser Feldaufmaße sind elektronisch Aufmaßblätter zu erstellen, die zur Prüfung an die BÜ des AG übergeben werden.

Diese sind binnen einer Frist von einer Woche von der BÜ zu prüfen und mit dem AN abzustimmen. Auf Grundlage dieser geprüften Aufmaße wird dann die Abschlagsrechnung erstellt.

Zu jeder Abschlagsrechnung ist ein akkumulierter Soll-Ist-Vergleich der ausgeführten bzw. beauftragten Leistungen als Excel-Tabelle beizulegen.

Die Aufmaße der Baufirma sind in Papierform sowie im Datenformat DA 11 an den AG zu übergeben.

Werden Positionen nach Liefer- bzw. Wiegescheinen abgerechnet, so sind diese täglich der örtlichen Bauüberwachung vorzulegen und bestätigen zu lassen. Zur Schlussrechnung sind die Originalscheine nach Positionen geordnet beizufügen.

Eventuelle Mehraufwendungen für das Aufmaßwesen hat der AN in die Einheitspreise einzurechnen.

## **3. BESCHREIBUNG DER ÖRTLICHEN VERHÄLTNISSE**

### **3.1. Anschluss an das Verkehrsnetz**

Das Bauvorhaben liegt in auf der Montpellierbrücke zwischen Heidelberg-Weststadt und Heidelberg-Bahnstadt und ist über das öffentliche Verkehrsnetz erreichbar. Die Zu- und Abfahrten können über die öffentlichen Straßen erfolgen.

### **3.2. Lager- und Arbeitsplätze**

Lager- und Arbeitsplätze können vom AG nicht zur Verfügung gestellt werden. Der AN hat sich selbst eine Lagerfläche zu beschaffen bzw. auf seine Kosten anzumieten in Abstimmung mit angrenzenden Grundstückseigentümern bzw. mit der Stadt Heidelberg. Erforderliche Antragsunterlagen sind durch den AN zu erstellen. Die Kosten hierfür sind in die Baustelleneinrichtungskosten einzurechnen. Der Lagerplatz muss mindestens eine Größe von 250m<sup>2</sup> für die Schienen- und Troglieferungen haben.

Eine Baustelleneinrichtung und eine Lagerung des Materials seitlich neben dem Bau- feld sind generell nicht möglich.

Die Baustelleneinrichtung für die anfallenden HDW-Arbeiten ist aufgrund des begrenzten Platzes auf der Brücke mehrfach umzusetzen. Dies ist bei den entsprechenden Positionen einzukalkulieren.

Das Abtragen des alten Schutzbetons ist nur unter Zelteinhausung erlaubt.

Für den Einbau des ERS-Systems ist ein Arbeitszelt mit einer Mindesthöhe im Zelt von 4m erforderlich, welches von Baumaschinen befahren wird. Die Größe des Zeltes muss eine Breite von ca. 6m haben und eine Länge von zwei Gleisabschnitten (ca. 30m). Ein Mehraufwand durch mehrfaches Umsetzen des Arbeitszeltes ist einzukalkulieren.

Behinderungen des ÖPNV und MIV außerhalb der Verkehrssicherungsmaßnahmen sind auszuschließen. Ein mehrfaches Umsetzen, d.h. Einrichten und Räumen der Verkehrssicherung wird nicht gesondert vergütet und ist in die Einheitspreise einzurechnen.

Die erforderliche Montage von Gleisjochen erfolgt auf der Baustelle vor Ort.

Die Entfernung zum Baufeld beträgt ca. 5 km Entsprechende Vergütungen für das Aufnehmen, Laden, Transportieren und Abladen auf der Baustelle sind in die vorgesehenen Positionen des LVs einzurechnen. Hiervon abweichend sind die Schutzkästen für Gleisschaltmittel auf einem Lagerplatz im Streckengebiet der rnv abzuholen.

### **3.3. Besondere Erschwernisse**

Bei der Ausführung der Leistungen sind besondere Erschwernisse zu berücksichtigen und in die entsprechenden Positionen einzurechnen:

- Motorisierter Individualverkehr, Rad- und Fußverkehr im Baustellenbereich
- Parallellaufende Arbeiten Dritter:
  - Vermessungsarbeiten des AG
  - Regulierung der Fahrleitung
  - weitere Arbeiten der rnv
  - Sanierung der Übergangskonstruktion
  - Erneuerung der Fahrspuren und Deckschichten
- Arbeiten im Bereich von Versorgungsleitungen
- Anliefer- und Anliegerverkehr
- Herstellung von Asphaltbefestigung in Kleinflächen
- Mehrfache Einsätze verschiedener Gewerke, kleinteiliges und kleinräumiges Arbeiten
- Prüf- und Abnahmeaufwand zu jeder Teilleistung in den einzelnen Bauphasen und Umbauwochen
- Arbeiten unter spannungsfreier Oberleitung und deren Abspannungen
- Besondere Sorgfalt beim Abbruch des Betons im Bereich der Fugenkonstruktionen und Brückenkappen sowie am Übergang zum untenliegenden Konstruktionsbeton. Eventuell anfallende Schäden sind auf eigene Kosten durch entsprechend qualifizierten Personals zu beheben.
- Besondere Sorgfalt beim Abbruch des Straßenbelags im Bereich der Überlappung der Abdichtung zur Gewährleistung eines dichten Übergangs in der Brückabdichtung
- Vermessungsarbeiten nach dem Abtrag des alten Schutzbetons, Auswertungszeit ca. 1,5 Wochen

- Spannglieddetektion der Brücke, um diese bei eventuellen Kernbohrungen nicht zu beschädigen und sicher auszuführen
- Fahrleitungshöhe 4,95m

### 3.4. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Über Anschlussmöglichkeiten für Wasser, Strom und Kanal hat sich der AN vor Abgabe des Angebotes bei der Stadt Heidelberg und der Stadtwerke Heidelberg zu informieren. Die Herstellungskosten und Verbrauchskosten sind in die Position der Baustelleneinrichtung einzurechnen. Die Stromversorgung ist vom AN bereitzustellen.

Für die HDW-Arbeiten sind Strom- und Wasseranschlüsse erforderlich. Das Einleiten des behandelten Strahlwassers ist mit den zuständigen Behörden abzustimmen und von diesen genehmigen zu lassen. Dabei muss das Strahlwasser den Grenzwertvorgaben des zuständigen Entwässerungsbetriebes genügen. Diese sind vor der Baumaßnahme durch den AN einzuholen.

### 3.5. Im Baubereich liegende Versorgungsleitungen und Anlagen

Im Bereich der Baumaßnahmen sind Strom- und Signalleitungen der rnv mit und ohne Schutz- und Leerrohre zu erwarten.

Der Auftragnehmer kann aus dieser Nennung keinen Anspruch auf Vollständigkeit ableiten. Er hat sich vor Beginn der Bauarbeiten eigenverantwortlich über die Lage und Tiefe von im Baubereich befindlichen Leitungen und Kabeln bei dem Leitungseigentümer /-betreiber zu unterrichten.

Im Baubereich liegende oder kreuzende Versorgungsleitungen sind im Einvernehmen mit dem Eigentümer bzw. Betreiber zu sichern und zu schützen. Die Sicherung aller Leitungen wird gesondert vergütet. Für Beschädigungen jeglicher Art haftet der AN. Eventuell entstehende Verzögerungen im Bauablauf sind Sache des AN. Fahrlässige Beschädigungen an den Leitungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers und sind umgehend zu beseitigen.

Bei drohenden Gefahren (z.B. Beschädigungen von Leitungen, Austritt von Gas oder ähnlichem) sind die Arbeiten in diesem Bereich unverzüglich einzustellen. Die örtliche Bauüberwachung sowie die betroffenen Leitungsträger sind über Beschädigungen unverzüglich zu informieren.

Im unmittelbaren Bereich der Leitungen muss mit Handschachtung gearbeitet werden.

Unternehmen	Telefon	Fax bzw. Web-Adresse	Verantwortung
Tiefbauamt Stadt Heidelberg	06221/58 27000, -010	-900	Straße, Kanal, Breitband
Stadtwerke Heidelberg	06221/513-2362	<a href="https://www.swhd.de/netzauskunft">https://www.swhd.de/netzauskunft</a>	Gas, Wasser, Kabel, Fernheizung, Breitband

<b>Unternehmen</b>	<b>Telefon</b>	<b>Fax bzw. Web-Adresse</b>	<b>Verantwortung</b>
Telekom AG Heidelberg	0800/3301300	<a href="https://trassenauskunft-kabel.telekom.de/html/index.html">https://trassenauskunft-kabel.telekom.de/html/index.html</a>	Fernmeldekabel und Einrichtungen, Breitband
Vodafone		<a href="https://planauskunft.unitymedia.de/OPLA-DE/">https://planauskunft.unitymedia.de/OPLA-DE/</a>	Fernmeldekabel und Einrichtungen, Breitband
Neckar AG Heidelberg	06221/484252		Hochspannungs-/ Fernmeldekabel
Bundesvermögensamt Karlsruhe	0721/7507-0	-170	Kabelanlagen US-Streitkräfte/ Nato
Amt für Mobilität - Stadt Heidelberg	06221/58 30500	-590	Verkehrsumleitung und -führung, Lichtsignalanlagen
Wasser- und Schiff- fahrtsverwaltung Mannheim	0621/1505-0	-155	Steuerkabel
Land- schaftsamts und Forst- amt - Stadt Heidelberg	06221/58 28000	-010	Grünflächen
Amt für Lie- genschaften und Konversion - Stadt Heidelberg	06221/58 15000, -090	-230	Nicht gewidmete Flächen
Amt für Umwelt- schutz,	06221/58 18000, -010	-290	Wasserschutzbereiche

Unternehmen	Telefon	Fax bzw. Web-Adresse	Verantwortung
Gewerbe- aufsicht und Ener- gie - Stadt Heidelberg			

### 3.6. Bodenverhältnisse

Die Bodenverhältnisse in den Anschlussbereichen sind unbekannt.

Daher ist anfallender Boden auszubauen, auf eine Lagerfläche des AN zu bringen und zu beproben. Die Proben sind nach Ersatzbaustoffverordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit einzuordnen.

## 4. VERKEHRSREGELUNG / VERKEHRSSICHERUNG

Generell gilt, dass notwendige Anträge auf verkehrsrechtliche Anordnungen in dem betroffenen Baubereich rechtzeitig, d.h. vor Baubeginn, bei den Behörden der Stadt Heidelberg zu stellen sind. Generell gilt, dass notwendige Anträge auf verkehrsrechtliche Anordnungen incl. verkehrstechnischer Unterlagen (VTU) mind. 4 Wochen vor Baubeginn zu stellen. Die Unterlagen sind unter [vao-baustellen@heidelberg.de](mailto:vao-baustellen@heidelberg.de) zur Genehmigung einzureichen.

Die Kosten sind in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzurechnen. Die Unterlagen sind 4-fach einzureichen. **Die Genehmigung ist dem AG eine Woche vor Baubeginn vorzulegen.**

Die Absicherung und Beschilderung erfolgt nach der ASR A5.2, RSA (Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen) und der ZTV-SA (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen) in der jeweils aktuell gültigen Fassung. Die Verkehrssicherung wird durch den AG gestellt, es ist lediglich eine Verkehrsrechtliche Anordnung einzuholen.

Die Absperrung und Beschilderung der Verkehrsführung sowie des Baufeldes im Bereich der Baustelle ist grundsätzlich Sache des Auftragnehmers. Sie ist jedoch in Abstimmung mit dem Auftraggeber und den Behörden der Stadt Heidelberg festzulegen.

Auf der Basis, der vom AN eingereichten Verkehrssicherungs- und Beschilderungspläne wird seitens der Verkehrsbehörde die verkehrsrechtliche Anordnung erteilt, sofern keine Änderungen gewünscht werden. Sollten sich im Zuge des Baufortschrittes gravierende Änderungen ergeben, so ist für den geänderten Zustand erneut eine verkehrsrechtliche Anordnung durch den AN einzuholen.

Sämtliche Verkehrszeichen müssen rückstrahlende Wirkung haben.

Provisorische Markierungen während der Bauzeit werden grundsätzlich in gelber rückstrahlender Klebefolie ausgeführt und sind im Zerstörungsfall umgehend gleichwertig zu ersetzen.

Während der Bauarbeiten entstehende Verkehrshindernisse (z.B. halbfertige Verkehrsinseln, herunter gebrochenes Erdreich etc.) werden entsprechend o.g. Ausführungen abgeschränkt und beleuchtet.



Die Verkehrssicherungspflicht bleibt bis zur endgültigen Abnahme, auch bei witterungsbedingten Stillständen, in der Verantwortung des AN.

Die Vollständigkeit der Verkehrssicherungseinrichtungen ist vom AN ständig zu überprüfen und sicherzustellen.

Die Baufelder sind an den Anschlussbereichen mit VZ 600 abzuschränken! Absperrgitter sind nicht zulässig!

Für alle Unfälle, die auf eine unsachgemäße Absperrung sowie auf mangelhafte Räumung zurückzuführen sind, haftet der Auftragnehmer.

Die Verantwortung für die Durchführung aller Maßnahmen zur Verkehrssicherung liegt beim Bauunternehmen bzw. bei seinem Bauleiter, da die Gefahrenlage durch das Bauunternehmen geschaffen wird.

Der AN hat eine verantwortliche Person zu benennen, die ständig erreichbar ist.

#### **4.1. Regelaufbau Gleisanlagen, Fahrbahn und Gehwege**

Der Gleisbau auf der Brücke erfolgt mit 53 R13 Schienen. Der Asphaltaufbau erfolgt mit zwei Lagen Gussasphalt auf Beton. Die Gleise befinden sich in einem Trogsystem von edilon)(sedra, in diesem Falle das ERS--/INFUNDO-System.

Die neue Gleisanlage im Anschlussbereich Czernyring wird als Rillengleis mit fester Fahrbahn nach dem System Rheda City D (Stützpunktlagerung) mit Schienen 60 R2 und Asphalteindeckung hergestellt.

Die Gleisanlage im Anschlussbereich Lessingstraße wird als Rillengleis 60 R2 mit Unterguss auf vorhandener Betontragsplatte hergestellt. Zwischen den Gleisen wird der reguläre Asphaltaufbau vorgenommen, zwischen den Schienen ein Asphaltaufbau mit unbewehrtem Beton als Tragschicht. Im Bereich der Übergangskonstruktion wird eine Schienenauszugsvorrichtung und Blockschienen verbaut.

##### **Aufbau im Gleisbereich Brücke:**

4,0 cm Gussasphalt MA 11S (Deckschicht)

4,0 cm Gussasphalt MA 8S (Schutzschicht)

##### **Aufbau im Gleisbereich Landseite Lessingstraße:**

4,0 cm Splittmastixasphalt SMA 11 S, 25/55-55

4,0 cm Asphaltbinderschicht AC 22 BS, 30/45

10,0 cm Asphalttragschicht AC 32 TS, 50/70

oder

10,0 cm unbewehrter Beton

##### **Aufbau im Gleisbereich Landseite Czernyring:**

4,0 cm Splittmastixasphalt SMA 11 S, 25/55-55

4,0 cm Asphaltbinderschicht AC 22 BS, 30/45

10,0 cm Asphalttragschicht AC 32 TS, 50/70

### **Aufbau im Straßenbereich Busspur:**

4,0 cm Polymermodifizierter Gussasphalt (Deckschicht)

4,0 cm Gussasphalt MA 8S (Schutzschicht)

Weitere Details, insbesondere in den Randbereichen, sind den Querschnitten zu entnehmen. Alle ungebundenen Schichten sind zum Erreichen der geforderten Verformungsmodule stets lagenweise einzubauen. Der resultierende Aufwand ist in die Positionen einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Ausweislich des Baugrundgutachtens für den Bereich der Gleiserneuerung ist davon auszugehen, dass kein Bodenaustausch erforderlich wird.

Auf die Einhaltung der angegebenen Querneigung (Dachneigung) sowohl im Großen als auch kleinen Gleismittel wird nachdrücklich hingewiesen.

Beim Einbau des Tragschichtasphalts ist darauf zu achten, dass keine Entmischungen auftreten. Die Einbauarbeiten müssen abgeschlossen sein, bevor das Mischgut eine Temperatur von **130 C°** unterschreitet, jedoch darf die Temperatur bei der Herstellung **180 C°** nicht überschreiten.

Zur Verdichtung im Gleisbereich kann entweder eine Rüttelplatte oder Walze verwendet werden. Hierbei ist immer in Richtung Kammerfüllelement zu verdichten. Nach diesem Verdichtungsvorgang ist der Bereich neben den Kammerfüllelementen mit einem handgeführten Kleinstampfer mit einer Fussgröße von ca. 10 \* 20 cm nachzuverdichten. Das Aufbringen von Wasser auf den Asphalt mittels Gießkannen während des Verdichtungsvorgangs ist nicht zulässig. Weitere Ausführungen können der Anlage „Arbeitsrichtlinien Asphalteinbau“ entnommen werden.

Die Schwierigkeiten, wie sie sich durch die örtlichen Verhältnisse ergeben - Einbau von bituminösem Mischgut zwischen den Gleisen unter Berücksichtigung der vorgesehenen Querneigung von Hand und „vor Kopf“ - sind in die Positionen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

## **5. AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN**

Der AG übergibt dem AN spätestens 14 Tage vor Baubeginn alle zur Bauausführung benötigten, freigegebenen und ggf. von den Behörden / Leitungsträgern genehmigten Ausführungspläne.

### **5.1. Planunterlagen der Ausführungsplanung**

Der AG stellt dem AN für die Durchführung der Baumaßnahme nachfolgende Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung:

- Ausführungspläne mit Planlisten
- Höhen- und Festpunktnetz
- Hauptachsen mit Achsdaten
- Schienenteilungs- und Konstruktionspläne

- SiGe – Plan
- vorabgestimmte Verkehrssicherungspläne
- Vergabe – LVs

## **5.2. Vom Auftragnehmer zu liefernde Ausführungsunterlagen**

Vom AN sind dem AG folgende für die Herstellung der Gesamtmaßnahme erforderlichen Unterlagen rechtzeitig – 2 Wochen vor Leistungsbeginn – zur Freigabe vorzulegen:

- Baustelleneinrichtungsplan
- Detaillierter Bauzeiten- und Bauablaufplan
- Entsorgungskonzept
- Ausführungsplanung Spritzschutz
- Eignungsprüfungen und Gütenachweise der Baustoffe
- Prüfergebnisse zum Eignungsnachweis gem. ZTV
- Genehmigung der Stadt Heidelberg - Baubeginnsanzeige
- Verkehrsrechtliche Anordnung (abweichend 1 Woche vor Baubeginn)
- Ergänzungen des Brückenbuch des neuen Zustandes

Die erforderliche Prüfdauer hat der AN rechtzeitig vorher bei den genehmigenden Behörden zu erfragen und bei der Terminplanung zu berücksichtigen.

### **5.2.1. Urkalkulation**

Die Urkalkulation ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle der ausschreibenden Stelle im verschlossenen Umschlag zu übergeben.

Aus der Urkalkulation müssen folgende Werte der Preisfindung erkennbar sein:

1. Aufschlüsselung und Höhe des Kalkulationslohnes (Mittellohn)
2. Aufteilung
  - a. Lohnkosten
  - b. Stoffkosten
  - c. Gerätekosten
3. Die auf die Teilkosten zu 2. entfallenden prozentualen Zuschläge und Baustellen-gemeinkosten, soweit sie nicht durch besondere Bereiche im Leistungsverzeichnis erfasst sind.

Im Auftragsfalle hat der AN die Kalkulation der von ihm beauftragten Nachunternehmer nachzureichen. Die Verfahrensweise ist analog zu der o. a. Urkalkulation des AN. Der AG behält sich vor einen Nachunternehmer abzulehnen.

Bei Mengenabweichungen, zusätzlichen Leistungen oder geänderten Leistungen ist der Auftraggeber zur Beurteilung der Angemessenheit der preislichen Auswirkung berechtigt, unter Anwesenheit des Auftragnehmers Einsicht in die Urkalkulation zu nehmen.

Der Auftraggeber kann in Abwesenheit des Auftragnehmers Einsicht in die Urkalkulation nehmen, wenn ein Termin vereinbart war und der Auftragnehmer nicht erschienen ist oder der Auftraggeber mit genügender Frist dazu eingeladen hat, aber keine Reaktion des Auftragnehmers erfolgte.

### **5.2.2. Freistellungsbescheinigung**

Soweit noch keine, zeitlich noch gültige Freistellungsbescheinigung gem. § 48 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes der Stadt Heidelberg vorgelegt wurde, bitten wir diese innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch den AG vorzulegen. Bei Nichtvorlage der Freistellungsbescheinigung können Angebote nach § 16 a VOB/A 2016 vom Wettbewerb ausgeschlossen werden.

### **5.2.3. Bauzeitenplan**

Der AN hat entsprechend den Vorgaben des AG einen verbindlichen Bauzeitenplan unter Beachtung der Vorgaben (siehe 2.3. Bauzeiten) zu erstellen.

Dieser Bauzeitenplan ist unaufgefordert spätestens 2 Wochen vor Baubeginn zur Prüfung und Freigabe beim Auftraggeber einzureichen. Der Bauzeitenplan wird innerhalb einer Frist von 1 Woche geprüft. Erst mit den ggf. erforderlichen Ergänzungen/Änderungen des AG wird dieser Plan verbindlich und damit Vertragsbestandteil. Die Kosten hierfür sind in die EP einzukalkulieren.

Änderungen im Bauzeitenplan durch nachträgliche/zusätzliche Leistungen sind umgehend dem AG mit dem erforderlichen Zeitbedarf zu melden und nach Freigabe in den Bauzeitenplan einzuarbeiten.

### **5.2.4. Bautagebuch**

Der AN ist verpflichtet, ein Bautagebuch zu führen und dem AG alle drei Tage die entsprechende Durchschrift zu übergeben. Das Bautagebuch muss insbesondere Angaben enthalten über Tagelohnarbeiten, Prüfungen, Wetter, Temperaturen, Maschinen oder Geräte und den wesentlichen Baufortschritt sowie Besonderheiten im Bauablauf.

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte nach dem KEV-320 arbeitstäglich zu führen. Es werden auch eigene EDV-Ausdrucke zugelassen, sofern diese nachvollziehbar sind. Darüber hinaus müssen sie strukturell an vorgenanntes Formblatt angelehnt sein.

## **6. VERMESSUNGSARBEITEN**

### **6.1. Bauvermessung**

Der AG übergibt dem AN einmalig zu Baubeginn das **Festpunktnetz** (Lage- und Höhenfestpunkte) innerhalb bzw. in unmittelbarer Nähe des Baufeldes sowie die Hauptpunkte der Hauptachsen (BA, BE, NW) der baulichen Anlage sowie den Achsübersichtslageplan einschließlich der dazugehörigen Achsberechnung (Absteckungsunterlagen).

Alle abgesteckten Punkte werden in Lage und Höhe in einer Liste im Absteckprotokoll dokumentiert.

Das Übergabeprotokoll (Absteckprotokoll) enthält die abgesteckten Punkte aus der Planung mit Lage- und Höhenangaben. Die im näheren Umfeld vorhandenen Festpunkte werden als ASCII-Datei übergeben.

Nach Abbruch des alten Schutzbetons wird die Oberfläche neu vermessen.

Alle weiterführenden Absteckungen, Höhenmessungen und die Sicherung der Absteckpunkte, die zur vertragsgemäßen Erfüllung der Leistung erforderlich sind, hat der AN nach den Plänen und Angaben des Auftraggebers selbst vorzunehmen und trägt die alleinige Verantwortung für die richtige und planmäßige Lage und Höhe der von ihm auszuführenden Arbeiten. Dies beinhaltet auch die Aufnahme der Bestandshöhen vor der Bauausführung, um eine ordnungsgerechte Wiederherstellung der Oberfläche zu gewährleisten. Hierfür notwendige Unterlagen für die Absteckung sind mitzuerstellen und werden nicht gesondert vergütet.

Dem AG muss auf Wunsch die Möglichkeit zur Nachprüfung der Vermessung gegeben werden. Behinderungen, die sich durch diese Nachprüfung in dem Arbeitsablauf ergeben können, werden nicht vergütet.

Vorhandene Grenz- und Vermessungszeichen sind zu sichern. Die Punkte dürfen ausschließlich vom Vermessungsamt der Stadt Heidelberg aufgenommen und wiederhergestellt werden. Daher ist das Vermessungsamt rechtzeitig vor Baubeginn zu informieren. Die Wiederherstellung der Punkte erfolgt nach Rücksprache mit dem Vermessungsamt.

### **6.2. Bestandsvermessung**

Vermessung rnv:

Der AN hat die Bestandsvermessung der neu hergestellten, unterirdisch verlaufenden und im späteren Verlauf nicht mehr sichtbaren Leitungen und Leerverrohrungen durchzuführen. Es wird gem. LV-Position abgerechnet.

Die Hinweise für die Ausführung der Bestandsvermessung im Endzustand sind gemäß der rnv Richtlinie zur Bestandsvermessung zu beachten.

## **7. ALLGEMEINE HINWEISE**

### **7.1. Baustofflieferung**

Sämtliche Stoffe und Bauteile, die zur Durchführung der Bauleistungen erforderlich werden, liefert der AN. Dies gilt für alle Positionen, in denen die Lieferung im Leistungsverzeichnis nicht ausdrücklich anders geregelt ist.

Der AN muss Eigenüberwachungsprüfungen gemäß den ZTV durchführen, um die Güteeigenschaften der Baustoffe, der Baustoffgemische und fertigen Leistungen nachzuweisen. Die Ergebnisse sind dem AG bzw. seinem Vertreter (örtliche Bauüberwachung) unaufgefordert zu übergeben.

Der AG behält sich vor, Kontrollprüfungen in eigener Zuständigkeit oder durch einen von ihm beauftragten Dritten durchzuführen.

Eignungsprüfungen folgender Baustoffe sind dem AG spätestens 2 Wochen vor dem vorgesehenen Einbautermin zur Genehmigung zu übergeben:

- Betonfertigteile
- Randeinfassungen aus Beton
- Leerrohre aller Dimensionen
- Entwässerungsleitungen
- bituminöses Mischgut
- gebrochene Mineralstoffe
- Verfüllmaterialien
- Beton

## **7.2. Lieferscheine**

Lieferscheine für einzubauende Materialien wie Asphalt, Frostschutzmaterial usw. sind dem AG im Original zu übergeben

## **7.3. Umwelt**

Der Auftraggeber fordert generell eine umweltverträgliche Bauausführung. Im gesamten Baustellenbereich sind daher durch entsprechenden Arbeitsablauf und Gerätewahl die Emission von Lärm, Erschütterungen und Luftschadstoffen auf ein Minimum zu beschränken.

Die gesetzlichen und in Verordnungen festgelegten Emissionswerte für das Betreiben von Baumaschinen sind einzuhalten. Die Lagerung wassergefährdender Stoffe ist nur unter den einschlägigen behördlichen Auflagen erlaubt. Im Bereich öffentlicher Straßen hat der AN dafür zu sorgen, dass Hydranten, Absperrschieber-, Entwässerungs- und sonstigen Anlagen und Abdeckungen frei und zugänglich gehalten werden. Die von den Betrieben und Verwaltungen zum Schutz ihrer Leitungen und sonstigen Einrichtungen getroffenen Bestimmungen sind zu beachten.

Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sind in eigener Verantwortung des Unternehmers gewissenhaft durchzuführen. Allgemeingültige, gesetzliche und behördliche Bestimmungen zum Umweltschutz sind zu beachten, auch wenn sie in den Vertragsunterlagen nicht eigens erwähnt sind.

Baustelleneinrichtungsplätze wie Treibstofflager, Zwischenlager, Auftank-, Wasch-, Reparaturplätze, Aborte usw. innerhalb und außerhalb des Baustellenbereichs sind so anzulegen, dass keine Verunreinigung des Bodens, des Grundwassers, der Vorflut und der Gewässer eintreten kann.

#### **7.4.   Geräteeinsatz**

Es sind nur umweltfreundliche und nach den neuesten technischen Vorschriften lärmgeschützte und erschütterungsarme Geräte einzusetzen. Die Größe, Leistungsfähigkeit und die Technik der einsetzbaren Baugeräte werden von den örtlichen Gegebenheiten bestimmt. Bei Abbrucharbeiten auf der Brücke dürfen keine Geräte eingesetzt werden, diese sind grundsätzlich von Hand auszuführen.

##### Arbeitsstellenbeleuchtung

Die Arbeitsstellenbeleuchtung bei Dunkelheit/Nachtarbeiten ist grundsätzlich Sache des AN und in die EP der betreffenden Positionen einzurechnen. Die Leistung umfasst das Aufstellen, Betreiben und ggf. Umsetzen der Beleuchtung im Zuge des Baufortschrittes sowie das Abbauen der Beleuchtungsanlagen nach Wahl des AN.

##### Ladearbeiten, Baugeräte

Für Ladearbeiten erforderliches Hebezeug hat der AN zu stellen und in die EP der entsprechenden Positionen einzurechnen.

Das Hebezeug muss zum Schutz bei Arbeiten unter Bahnstromanlagen unbedingt mit Hubbegrenzung ausgestattet sein.

Für das Auf- und Abladen sowie das Fördern im Bau Feld von Gleisbaustoffen (Gleisjoche und -Konstruktionen) ist unbedingt geeignetes Hebezeug zu verwenden. Die Anschlagpunkte sind so zu wählen, dass eine Beschädigung der vormontierten Joche oder Konstruktionen ausgeschlossen ist.

Für die HDW-Arbeiten sind Geräte und Aggregate, die dem neuesten Stand der 32. BImSchV und dem neuesten Stand der Schallschutztechnik bzw. der Abgasverordnung entsprechen, zu verwenden.

#### **7.5.   Verhinderung von Arbeitslärm**

Die Baustellen liegen zwischen Wohnhäusern. Die Bauarbeiten müssen deshalb so durchgeführt werden, dass eine Belästigung der Anlieger durch den Baubetrieb, insbesondere durch Baulärm, Staub und Verschmutzungen auf ein mögliches Mindestmaß beschränkt wird.

Die allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) Baulärm ist innerhalb der Ortslage einzuhalten. Für notwendige, mit Baulärm verbundene Arbeiten zwischen 20 Uhr und 7 Uhr ist vom AN zusätzlich zu der Ausnahmegenehmigung gem. § 9 Abs. 2 LImSchG eine Ausnahme gem. § 7 Abs. 2 32. BImSchV bei den zuständigen Stellen zu beantragen. Die sich hieraus ergebenden Kosten sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Beim Einsatz von Laubbläsern und vergleichbaren motorisierten Kleingeräten sind, vor allem im Hinblick auf den vorgesehenen Mehrschichtbetrieb, elektrisch betriebene Geräte einzusetzen.

#### **7.6.   Aufgrabungen - Rückschnitt**

Aufgrabungen sind nach ZTV A-StB 12 herzustellen.

Abtreppungen bei Befestigungen, hier der Rückschnitt der gebundenen Tragschicht, wird nicht gesondert als zweiter Trennschnitt vergütet.

### **7.7. Verwendung von Recyclingmaterial**

Für die Verwendung von Recyclingmaterial müssen folgende Grundlagen erfüllt werden:

DIN 1996: Prüfung von Asphalt

DIN 4226: Zuschlag für Beton

TL-Min-StB 2004: Technische Prüfvorschriften für Gesteinskörnungen im Straßenbau

TL-Gestein-StB 04/23: Technische Prüfvorschriften für Mineralstoffe im Straßenbau

TL AG 2009 für Asphaltgranulat

TL SoB-StB 20/23

ZTV SoB 20

Verwaltungsvorschrift des Verkehrsministeriums und des Ministeriums für Umwelt über die vorläufigen Lieferbedingungen für aufbereiteten Straßenaufbruch und Bauschutt zur Verwendung im Straßenbau sowie deren Ergänzungen.

Das Material muss frei sein von umweltbelastenden Stoffen und einen entsprechenden Ph-Wert aufweisen, bei dem die erdverlegten Leitungen der Stadtwerke nicht angegriffen werden können. Die entsprechenden Nachweise müssen erbracht werden. Die Freigabe zum Einbau erfolgt durch die Stadtwerke und die Stadt Heidelberg.

### **7.8. Beseitigung von Materialien**

Für die Baumaßnahme liegt keine Baugrunduntersuchung vor.

Im LV sind zur Beprobung und Entsorgung entsprechende Positionen beschrieben. Die hier nach LAGA angegebenen Einstufungen sind gemäß dem beiliegenden Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg zum Übergang von Z Werten zu den Bezeichnungen nach ErsatzbaustoffV zu überführen und entsprechend zu bepreisen.

Zusätzlich wird baubegleitend eine Beprobung der anfallenden Aushubmassen durch einen vom AG beauftragten Sachverständigen durchgeführt. Hierzu ist durch den AN eine Bereitstellungslagerfläche herzustellen und vorzuhalten, alle Aushubmassen zur Beprobung auf diese zu verbringen und nach Vorliegen der Ergebnisse fachgerecht zu entsorgen.

Alle durch neue Baustoffe verdrängten Materialien sind vom AN auf eine geordnete Deponie zu bringen. Alle recyclingfähigen Stoffe sind auszusondern und genehmigten Aufbereitungsanlagen zuzuführen.

Die Durchführung des elektronischen Abfallnachweisverfahrens ist erforderlich und in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Die Transport-, Aufbereitungs- und Deponiekosten sind in entsprechende Einheitspreise einzurechnen.

Bei Sonderabfällen sind die gesetzlichen Richtlinien und Entsorgungswege einzuhalten. In diesem Fall werden Deponie- und ggf. Sonderdeponiekosten auf Nachweis erstattet.



Evtl. erforderliche zusätzliche Analysen für die vom AN vorgesehenen Verwertungs- bzw. Entsorgungswege der Abbruchmaterialien sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Die abfalltechnische Begleitung der Baumaßnahme wird an den AN übertragen. Der AN fungiert als Abfallerzeuger. Er übernimmt die durch seine Tätigkeit anfallenden Abfälle in sein Eigentum – er wird Abfallbesitzer. Damit obliegen ihm alle abfallrechtlichen Verpflichtungen bezüglich der ordnungsgemäßen Verwertung bzw. Entsorgung gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz. Die Verwertung bzw. Entsorgungsweg muss frühzeitig zwischen AN und AG abgestimmt werden. Bei nachweispflichtigen Abfällen erhält der AG eine Kopie des Entsorgungsnachweises. Zur Verbleibskontrolle erhält der AG je nach Überwachungsbedürftigkeit der Abfälle Kopien aller Begleit- bzw. Übernahme- oder Wiegescheine. Die Übernahme bzw. Begleitscheine sind von der örtlichen Bauüberwachung bestätigen zu lassen. Die Übergabe der Belege hat baubegleitend zu erfolgen.

Soweit aus den Entsorgungsnachweisen der Endverbleib der Abfälle nicht ersichtlich ist, sind diese offen zu legen und zu dokumentieren.

Die Entsorgung hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, Vorschriften, Richtlinien und Satzungen zu erfolgen.

#### **7.9. Verschmutzungen bzw. Beschädigungen der Straßenoberflächen / Grünanlagen**

Sind Verschmutzungen oder Beschädigungen der Straßenoberflächen oder Grünanlagen durch die Lagerung von Baumaterialien bzw. die Aufstellung von Baumaschinen und anderen Gerätschaften zu befürchten, so ist die in Anspruch genommene Fläche mit einer reißfesten und hitzebeständigen Folie zu schützen. Auf das Verbot der Straßenverschmutzung (§ 32 StVO) wird ausdrücklich hingewiesen. Entstehen dennoch Verschmutzungen, so sind diese umgehend zu beseitigen. Geschieht dies nicht, wird ein Bußgeldverfahren eingeleitet und die Reinigung auf Kosten des AN auf Anordnung der Stadt Heidelberg durchgeführt.

Weiterhin sind Grünanlagen nur in Abstimmung mit der Stadt Heidelberg nutzbar und durch diese nach der Nutzung wieder abzunehmen.

#### **7.10. Entwässerung während der Bauzeit**

Der AN sorgt während der Bauzeit für die einwandfreie Oberflächenentwässerung. Diese Leistung erfolgt ohne gesonderte Vergütung.

#### **7.11. Unfallverhütung**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle z. Zt. der Arbeitsausführung gültigen gesetzlichen Bestimmungen zur Unfallverhütung, ferner alle Baupolizei-, Feuerpolizei- und Ortspolizeivorschriften gewissenhaft einzuhalten. Der AN hat alle zur Sicherung der Baustellen erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung zu ergreifen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem AG erwachsenden unmittelbaren und mittelbaren Schäden und verpflichtet sich, den AG vor allen gegen diese etwa erhobenen Ansprüche, die auf ungenügender Sicherung der Baustelle beruhen, in vollem Umfang freizustellen.

## **7.12. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz**

Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG) § 3 Grundpflichten des AG

(1) Der AG ist verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen des Arbeitsschutzes unter Berücksichtigung der Umstände zu treffen, die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit beeinflussen. Er hat die Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und erforderlichenfalls sich ändernden Gegebenheiten anzupassen. Dabei hat er eine Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten anzustreben.

(2) Zur Planung und Durchführung der Maßnahmen nach Absatz 1 hat der AG unter Berücksichtigung der Art der Tätigkeiten und der Zahl der Beschäftigten

1. für eine geeignete Organisation zu sorgen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen sowie

2. Vorkehrungen zu treffen, dass die Maßnahmen erforderlichenfalls bei allen Tätigkeiten und eingebunden in die betrieblichen Führungsstrukturen beachtet werden und die Beschäftigten ihren Mitwirkungspflichten nachkommen können.

Unter diesem Aspekt sind die einschlägigen Vorschriften der Berufsgenossenschaften sowie das Arbeitsschutzgesetz bereits während der Kalkulation und Vorbereitung in Bezug auf das Bauvorhaben zwingend zu beachten. Insbesondere ist bei diesem Bauvorhaben das Thema Arbeitszeit / Schichtbetrieb zu beachten.

Die Baustellenordnung ist zu beachten.

Nach der Baustellenverordnung wird ein unabhängiger Baustellenkoordinator als Beauftragter gemäß § 4 der Verordnung über die Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen zur eigenverantwortlichen Durchführung der Aufgaben der Baustellenverordnung vom 10.06.1998 bestellt. Dieser erhält Weisungsbefugnis für die beauftragten AN.

Die geltenden Sicherheitsbedingungen für die HDW-Technik sind unbedingt zu beachten.

## **7.13. Natursteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit**

Die Herstellung bzw. Bearbeitung des angelieferten bzw. verwendeten Natursteins muss unter Einhaltung der folgenden ILO-Konventionen erfolgt sein ([www.ilo.org](http://www.ilo.org)):

182, 138 (keine Beschäftigung von Kindern)

29, 105 (keine Zwangsarbeit)

87, 98 (Freies Zugangsrecht zu Gewerkschaften und zu Kollektivverhandlungen)

100, 111 (Verbot von Diskriminierung)

Die Vorgabe ist eine Bedingung an die Auftragsausführung und wird Vertragsbestandteil. Der Verstoß stellt eine Vertragsverletzung dar, die zum Rücktritt vom bzw. zur Kündigung des Vertrages berechtigt, sofern der Verstoß nicht nur einen unerheblichen Teil der angelieferten Steine betrifft. Weitere Rechte des Auftraggebers aufgrund der Vertragsverletzung bleiben unberührt.

Im Vergabeverfahren ist ein Nachweis über die Einhaltung der vorstehenden Vorgabe zu erbringen. Dieser kann durch produktbezogenes Xertifix oder Win=Win Fair Stone

Zertifikat oder ein gleichwertiges Zertifikat einer unabhängigen Organisation erbracht werden. Das Zertifikat ist möglichst mit dem Angebot, spätestens jedoch auf Anforderung vor Beauftragung vorzulegen.

Soweit die Steine die genannten Zertifikate nicht aufweisen, ist eine Selbstverpflichtung mit folgendem Wortlaut abzugeben:

„Wir erklären, dass die Herstellung bzw. Bearbeitung der angelieferten bzw. verwendeten Natursteine unter Beachtung der Vorgaben der ILO-Kernarbeitsnormen Nr. 182, 138, 29, 105, 87, 98, 100, 111 erfolgt bzw. erfolgt ist. Wir verpflichten uns ausdrücklich, nur solche Steine anzuliefern bzw. zu verwenden, die unter Beachtung der genannten Normen hergestellt bzw. bearbeitet wurden.

Wir sind uns bewusst, dass eine falsche Eigenerklärung zum Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren führen kann und dass die Anlieferung bzw. Verwendung von Steinen, die den Vorgaben nicht entsprechen, eine Vertragsverletzung darstellt.“

#### **7.14. Sicherheitsbelehrung über Gefahren der Bahnstromanlagen**

Vor Beginn der Baumaßnahme führt der AN in eigener Zuständigkeit in Zusammenwirken mit der rnv die Sicherheitsbelehrung seines Führungspersonals über die Gefahren aus erdverlegten Leitungen und Bahnstromanlagen durch. Die Teilnahme an der Sicherheitsbelehrung ist mit Unterschrift zu dokumentieren. Es wird darauf hingewiesen, dass die Fahrleitungsanlage der Stadtbahn während der gesamten Bauzeit unter Spannung steht. Alle Baumaschinen müssen mit Hub- und Schwenkbegrenzung ausgestattet sein. Beschädigungen an der Fahrleitungsanlage sind unbedingt zu vermeiden. Die Betriebsgleise müssen jederzeit profilfrei gehalten werden. Baumaschinen, Bauzäune und sonstige Geräte, die sich im Rissbereich der Fahrleitung aufhalten können, sind zu erden.

Weiterhin wird vor Baubeginn eine Einweisung in die Arbeiten im Gleisbereich durch die rnv für das Baustellenpersonal durchgeführt.

#### **7.15. Abnahmen**

Bereits fertiggestellte Leistungen, die im Betrieb sind, sind vor Beschädigungen zu schützen. Bei fertig gestellten Leistungen erfolgt lediglich eine Sichtabnahme mit der Bauleitung des AG, damit der AN bei Gewaltschäden durch Dritte nicht über Gebühr belastet wird.

#### **7.16. DIN - Normungen**

DIN-Normung bei EU-Ausschreibungen

Wenn bei einer EU-Ausschreibung Bezug auf Normen genommen wird, werden gleichwertige Normen akzeptiert. Der Bieter muss dem Angebot die Nachweise der Gleichwertigkeit durch technische Beschreibungen des Herstellers oder Prüfberichte einer anerkannten Stelle beifügen.

## 8. ZUSÄTZLICHE TECHNISCHE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen sind - sofern die gültige Fassung nachstehend oder an anderer Stelle im Bauvertrag nicht angegeben ist - in der z. Zt. gültigen Fassung - maßgebend.

Alle maßgebenden Technischen Vorschriften und Verwaltungsvorschriften, die diesem Bauvertrag zugrunde liegen, müssen auf der Baustelle vorhanden sein und jederzeit zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen.

OR/OR-Z	Oberbaurichtlinien und Oberbau- Zusatzrichtlinien des VDV für Bahnen nach der BOStrab, Dezember 1995
DGVU Vorschrift 77	Unfallverhütungsvorschrift Arbeiten im Bereich von Gleisen
BOStrab	Straßenbahn-, Bau- und Betriebsordnung
RAS-LP	Richtlinien für die Anlagen von Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Ausgabe 1999 (RAS-LP 4)
RSA 21	Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 2021
RuA-StB 01/05	Richtlinien für die umweltverträgliche Anwendung von industriellen Nebenprodukten und Recyclingbaustoffen im Straßenbau, Ausgabe 2005
RuVA– StB 01/05	Richtlinien für die umweltverträgliche Verwertung von Ausbaustoffen mit teer-/pechtypischen Bestandteilen sowie für die Verwertung von Ausbauasphalt im Straßenbau, Ausgabe 2001, Fassung 2005
ZTV A- StB 12	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen (Ausgabe 2012)
ZTV As- phalt-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt
ZTV BEA- StB 09/13	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen -Asphaltbauweisen- Ausgabe 2009 / Fassung 2013
ZTV E- StB 09	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau Ausgabe 2009
ZTV Be- ton-StB 07/13	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2007/ Ergänzung 2013

ZTV Ew-StB 14	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2014
ZTV-M 13	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen, Ausgabe 2013
ZTV La-StB 05	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2005
ZTV SoB-StB 04/07	Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2004 Fassung 2007
ZTV Pflaster-StB 06	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen Ausgabe 2006, Korrekturen 2015
ZTV Fug-StB 01	Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2001
ZTV Fug-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen
ZTV-Verm-StB 01	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau, Ausgabe 2001
ZTV TKNet	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen der Deutschen Telekom AG für Bauleistungen am Tele-Kommunikationsnetz, Teil 10 (08/2003 ), Teil 11 (08/2003), Teil 12 (08/2002), Teil 13 (08/2003)
ZTV T-StB 95/02	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Tragschichten im Straßenbau, Ausgabe 1995/Fassung 2002
ZTV-ING	Zusätzliche technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, Stand 12/2023, einschließlich der im Teil 9 (Anhang) aufgeführten Normen und sonstige Technische Regelwerke
ZTV Fug-StB	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen
RiZ-ING	Richtzeichnungen für Ingenieurbauten, Stand 12/2023
M FP 1	Merkblatt für Flächenbefestigungen mit Pflasterdecken und Plattenbelägen, Teil1, Regelbauweise, Ausgabe 2003
Merkblatt	Verdichtung des Untergrundes und Unterbaues im Straßenbau

TLRC- TOB 95	Technische Lieferbedingungen für Recycling-Baustoffe in Tragschichten ohne Bindemittel
TL-Min- StB 2000	Ergänzung: Technische Lieferbedingungen für Mineralstoffe im Straßenbau
TL-Beton- StB 10	Technische Lieferbedingungen für Baustoffe und Baustoffgemische für Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2007
TL As- phalt-StB	Technische Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen
TL Bitu- men-StB	Technische Lieferbedingungen für Straßenbaubitumen und gebrauchsfertige Polymermodifizierte Bitumen
TL Fug- Stb	Technische Lieferbedingungen für Fugenfüllstoffe in Verkehrsflächen
Einbauan- weisung feste Fahrbahn	Einbauanweisung des Herstellers des feste Fahrbahn-Systems Rheda City oder gleichwertig, die Einbauanleitung wird Vertragsgegenstand
Einbauan- leitung Gleisent- wässe- rungskä- ten	Einbauanweisung des Herstellers für Gleisentwässerungskästen K040-00853, die Einbauanleitung wird Vertragsbestandteil
TL rnv Ril- lenanla- gen	Technische Lieferbedingungen für Gleisanlagen aus Rillenschienen der rnv
RL rnv Bestands- vermes- sung	rnv Richtlinie zur Bestandsvermessung, Version 2.2, Stand: 20.05.2019
TL BEL- B-1	Technische Lieferbedingungen für die Dichtungsschicht aus einer Polymerbitumen-Schweißbahn zur Herstellung von Brückenbelägen auf Beton
TP BEL- B-1	Technische Prüfvorschriften für die Dichtungsschicht aus einer Polymerbitumen-Schweißbahn zur Herstellung von Brückenbelägen auf Beton
TL BEL- EP	Technische Lieferbedingungen für Reaktionsharze für Grundierungen, Versiegelungen und Kratzspachtelungen unter Asphaltbelägen auf Beton

TP BEL- EP	Technische Prüfvorschriften für Reaktionsharze für Grundierungen, Versiegelungen und Kratzspachtelungen unter Asphaltbelägen auf Beton
DBV- Merkblatt	Hochdruckwasserstrahlen im Betonbau

## PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

**Rhein-Neckar-Verkehr GmbH**  
**Kreditorenbuchhaltung**



# Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

**Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

## Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

### Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:\*?/"><) im Dateinamen

### Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

### Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

## Rechnungs- und Email-Adressen

**Rhein-Neckar-Verkehr GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_RNV@rnv-online.de**

**MV Mannheimer Verkehr GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_MV@rnv-online.de**

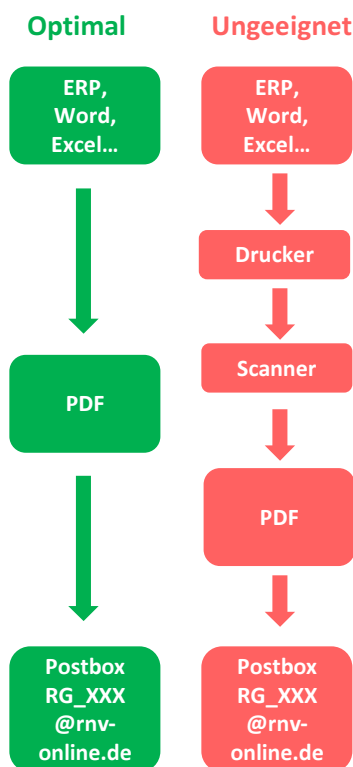
**Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel**  
**Mannheim GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_ZWM@rnv-online.de**

# Anforderungen an die Rechnungsqualität

## Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



## Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

**Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.**

## Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard

Rechnung	
<div>Rechnungsdatum: 01.10.2020</div> <div>Rechnungsnummer: RG123456</div>	
<b>Rechnungsanschrift:</b>	
<div>Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</div> <div>Möhlstraße 27</div> <div>68165 Mannheim</div>	
<b>RNV-Bestellnummer:</b> 4xxxxxxxxx	
<div>Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...</div>	
<div>Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020</div>	
<b>Zahlungsbedingung:</b> 30 Tage netto	<b>Netto:</b> 1.000,00 EUR <b>MwSt 16 %:</b> 160,00 EUR <b>Gesamt:</b> 1.160,00 EUR
<b>IBAN:</b> DExx xxxx xxxx xxxx xx <b>BIC:</b> xxxxxxxxxxxx	
<b>Ust.ID:</b> DE123456789	

## **Allgemeine Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe**

### **§ 1 Geltungsbereich**

- (1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für den Einkauf von Dienstleistungen (AEB Dienstleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern („Auftragnehmer“), die eine Dienstleistung für uns erbringen. Die AEB Dienstleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (2) Die AEB Dienstleistungen gelten für alle Verträge, mit denen die rnv-Gruppe Dienstleistungen i.S.d. §§ 611 ff. BGB (mit Ausnahme von IT-Leistungen) in Auftrag gibt, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Leistung selbst durchführt oder bei Subunternehmern einkauft. Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Dienstleistungen in der zum Zeitpunkt der Beauftragung gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Sollten neben dienstvertraglichen Leistungen zugleich auch werkvertragliche Inhalte beauftragt werden, gelten für Letztere insoweit ergänzend unsere Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen, wobei diese bei Widersprüchen Vorrang vor den AEB Dienstleistungen haben.
- (3) Diese AEB Dienstleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dessen Leistungen vorbehaltlos annehmen.
- (4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Auftragnehmer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB Dienstleistungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
- (5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Kündigung) sind schriftlich, d. h. in Schrift- oder Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax), abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.
- (6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Dienstleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

### **§ 2 Vertragsschluss**

- (1) Unsere Beauftragung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 5 Arbeitstagen schriftlich zu bestätigen (Annahme).

### **§ 3 Leistungserbringung**

- (1) Leistungsinhalt- und -umfang ergeben sich aus der Bestellung sowie ergänzend aus dem Angebot.
- (2) Der Auftragnehmer wird die Leistungen mit äußerster Sorgfalt unter Beachtung des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zum jeweiligen Leistungszeitpunkt mit qualifizierten Mitarbeitern erbringen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Von uns benannte Leistungsmerkmale entbinden den Auftragnehmer nicht von der Verantwortung, eine technisch und wirtschaftlich korrekte Leistungserbringung zu gewährleisten. Er wird uns unverzüglich darauf hinweisen, wenn aus seiner Sicht Änderungen der vertragsgegenständlichen Leistungen möglich sind, die zu einer Verbesserung führen. In diesem Fall finden die Ziffern 5. (3) und 5. (4) Anwendung.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für alle für den Einsatz von Mitarbeitern erforderlichen Genehmigungen, Meldungen, Abgaben und sonstigen Erfordernisse selbst und auf eigene Kosten und Verantwortung zu sorgen und auch sonst alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Das Weisungs- und Direktionsrecht gegenüber Mitarbeitern verbleibt stets beim Auftragnehmer.
- (4) Der Auftragnehmer wird die vertragsgegenständlichen Leistungen nur auf unserem Gelände erbringen, soweit dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Bestellung zwingend erforderlich ist und dies vorab schriftlich vereinbart wurde. In diesem Fall werden wir dem Auftragnehmer geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.
- (5) Auf unser Verlangen hat der Auftragnehmer jederzeit schriftlich oder in Textform Auskunft über den aktuellen Stand der Leistungserbringung zu geben.
- (6) Soweit sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, gilt unser Geschäftssitz als Erfüllungsort.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Besteller von allen etwaigen Ansprüchen aufgrund einer Verletzung der Pflichten gemäß dieser Ziffer 3 durch den Auftragnehmer oder durch Dritte frei. Weitere Rechte unsererseits bleiben unberührt. Insbesondere berechtigt ein Verstoß gegen eine Verpflichtung aus dieser Ziffer 3 zur außerordentlichen Kündigung.

#### **§ 4 Leistungszeit und Verzug**

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Leistungszeit ist bindend. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Leistungszeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Die stillschweigende Verlängerung des Dienstverhältnisses über den Vertragszeitraum hinaus ist ausgeschlossen. § 625 BGB findet keine Anwendung.
- (3) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Leistungszeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Kündigung und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 4 bleiben unberührt.
- (4) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugschadens in Höhe von 0,2 % des Nettopreises provollendetem Werktag verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Auftragswertes netto der verspätet durchgeführten Leistung. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

#### **§ 5 Change Request, Mehraufwendungen**

- (1) Wir sind berechtigt, die Anforderungen an die vertragsgegenständlichen Leistungen sowie sonstige Vertragsbedingungen gemäß dem nachfolgenden Change Request Prozess zu ändern.
- (2) Wünsche zur Änderung und/oder Ergänzung des Vertrages teilen wir dem Auftragnehmer schriftlich oder per E-Mail mit („Change Request“).
- (3) Der Auftragnehmer informiert uns spätestens sieben Werktage nach Zugang des Change Request schriftlich oder per E-Mail darüber, ob und wie sich der Change Request auf den jeweils vereinbarten Zeitplan, die Vergütung und/oder sonstige Vertragsbedingungen auswirkt, und unterbreitet uns ein Angebot zur Umsetzung des Change Request. Die Pflicht zur Abgabe eines Angebots besteht nicht, wenn der Change Request für den Auftragnehmer unzumutbar ist. Führt die Umsetzung des Change Request zu Änderungen der Vergütung oder des Zeitplans, sind diese auf Basis der ursprünglichen Kalkulationsgrundlage zu ermitteln. Erfolgt keine Einigung, können wir den Vertrag über die konkret zu ändernde Leistung außerordentlich kündigen, wenn uns ein Festhalten am Vertrag ohne die verlangte Änderung unsererseits unzumutbar ist.
- (4) Nehmen wir das Angebot schriftlich oder per E-Mail an, wird der Change Request Bestandteil des Vertrages und ändert und/oder ergänzt diesen z. B. hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen, des Zeitplans und der Vergütung.
- (5) Ist der Auftragnehmer der Auffassung, dass unsere Vorgaben oder andere von uns zu vertretende Umstände zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führen und/oder Auswirkungen auf die jeweils vereinbarten Termine und/oder die Vergütung haben, oder hält der Auftragnehmer Änderungen an den

vertragsgegenständlichen Leistungen und/oder sonstigen Vertragsbedingungen für erforderlich oder sinnvoll, so wird er uns dies unverzüglich schriftlich oder per E-Mail anzeigen. In diesem Fall finden die Ziffern 5.3 und 5.4 Anwendung, wobei das Angebot zeitgleich mit der Anzeige zu unterbreiten ist.

- (6) Mehraufwendungen werden nur erstattet und eine zusätzliche Vergütung nur gezahlt, wenn die Zahlung ausdrücklich schriftlich gemäß Ziffer 5.4 vereinbart wurde. Der Auftragnehmer kann sich auf eine Verschiebung der vereinbarten Termine wegen Behinderung nur berufen, wenn er uns dies gemäß Ziffer 5.5 rechtzeitig und ordnungsgemäß angezeigt hat.

## **§ 6 Höhere Gewalt**

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ergebnisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, den Vertrag ganz oder teilweise zu kündigen.

## **§ 7 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall**

- (1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Erfüllung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.
- (2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen durch Kündigung zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

## **§ 8 Weitere Pflichten des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer hat die zur Erfüllung der von ihm übernommenen Leistungen notwendigen technischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen und während der Laufzeit dieses Vertrages vorzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der Leistungserbringung alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden: <https://www.globalcompact.de/ueber-uns>
- (3) Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Genehmigungen in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten zu beantragen und vorzuhalten.
- (4) Der Auftragnehmer hat sein Personal fachlich zu schulen.
- (5) Der Auftragnehmer hat die Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Der Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Eigenleistungsverpflichtung ist eine Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung im Sinne des § 280 BGB. Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung an geeignete Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist, allerdings sind wir in solchen Fällen schriftlich zu informieren. Eine von uns nicht genehmigte Vergabe von wesentlichen Leistungen an einen Nachunternehmer berechtigt uns zur Festsetzung einer Vertragsstrafe sowie zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass etwaige Unterauftragnehmerleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der

Auftragnehmer verfügen und dieselben bzw. vergleichbare Qualitätsstandards einhalten. Unterauftragnehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen.

- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Schäden, einschließlich der Kosten der notwendigen Rechtsverfolgung, frei, die dieser aufgrund von Verletzungen des LkSG durch den Auftragnehmer erleidet.

## **§ 9 Pflicht zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (MiLoG)**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.
- (2) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.
- (3) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitznachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.
- (4) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß Ziffer 7 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.
- (5) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 4 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

## **§ 10 Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Unsere Haftung ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe können wir wie eigene Schäden gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen.

- (5) Der Auftragnehmer stellt uns von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom Auftragnehmer übernommenen Leistungen erhoben werden.

## **§ 11 Versicherungspflicht**

- (1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potenziell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert sicherstellen und soweit potenziell Produkthaftpflichtansprüche in Betracht kommen, diese miteinschließen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Uns sind auf Verlangen jederzeit Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, haben wir ein Zurückbehaltungsrecht.

## **§ 12 Weisungs-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers**

- (1) Wir sind berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der Auftragnehmer und dessen Bedienstete sind verpflichtet, unseren mündlichen und schriftlichen Weisungen zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, uns auf unsere Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren und uns Zutritt zu sämtlichen mit der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Grundstücken, Gebäuden, Fahrzeugen oder sonstigen technischen Einrichtungen zu gestatten. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.
- (3) Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, uns über alle besonderen Vorkommnisse, insbesondere solche, die mit dem Betrieb der zur Leistungserbringung erforderlichen Anlagen in Zusammenhang stehen, unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt insbesondere für Betriebsstörungen.
- (4) Der Auftragnehmer hat uns unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom Auftragnehmer zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.
- (5) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der Auftragnehmer zu tragen.

## **§ 13 Preise und Zahlungsbedingungen**

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, auch wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers sowie alle Nebenkosten ein.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

## **§ 14 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung**

- (1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.
- (2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.
- (3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.
- (4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

### **§ 15 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt**

- (1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst mit unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.
- (2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- (3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen.

### **§ 16 Rechte an Arbeitsergebnissen /Urheberrechte**

- (1) Im Zusammenhang mit der Durchführung von Dienstleistungsverträgen entstehende Nutzungsrechte an Dokumentationen, Berichten, Schaubildern, Diagrammen, Bildern, Fotos, Filmen, Trägern von Daten zur visuellen Wiedergabe, Datenträgern etc. stehen ausschließlich und vollumfänglich uns zu.
- (2) Wir werden Eigentümer aller von dem Auftragnehmer gelieferten und im Rahmen dieses Vertrages erstellten Unterlagen. An diesen sowie an sonstigen aus der Zusammenarbeit entstandenen Ergebnissen und ungeschützten Kenntnissen erhalten wir ein ausschließliches, unwiderrufliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich uneingeschränktes, übertragbares Nutzungsrecht für sämtliche Nutzungsarten.
- (3) Werden im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages bereits vorhandene gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte oder ungeschützte Kenntnisse (Know-how) des Auftragnehmers verwendet und sind diese zur Verwertung des Arbeitsergebnisses durch uns notwendig, erhalten wir daran ein nicht ausschließliches Benutzungsrecht; dieses ist mit der vertraglichen Vergütung abgegolten, es beinhaltet sämtliche, insbesondere die unter Ziffer 16.1 genannten Nutzungsarten.
- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass sämtliche erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter sind, andernfalls muss er vertraglich mit den Urhebern vereinbaren, dass er zur Rechtseinräumung berechtigt ist. Er stellt uns von allen Ansprüchen Dritter, einschließlich der in diesem Zusammenhang entstehenden notwendigen gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten und Aufwendungen, insbesondere Rechtsanwaltskosten, vollumfänglich frei, die diese gegen uns wegen der Verletzung von Rechten an den vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen geltend machen.



- (5) Der Auftragnehmer wird uns alle Erfindungen oder sonstigen schutzfähigen Ergebnisse, die im Zusammenhang mit den für uns erbrachten Leistungen entstehen, unverzüglich melden und uns alle erforderlichen Auskünfte erteilen. Sämtliche Erfindungen sind auf uns zu übertragen.

## **§ 17 Compliance**

- (1) Der Auftragnehmer bzw. seine Beschäftigten und/oder Erfüllungsgehilfen dürfen keine geschäftlichen Handlungen begehen, durch welche sie sich wegen Betrug oder Untreue, Insolvenzstraftaten, Beschränkungen des Wettbewerbs, Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Bestechung, Bestechlichkeit oder vergleichbaren Delikten strafbar machen oder die eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Bei einem Verstoß sind wir berechtigt, alle geschäftlichen Kontakte zum Auftragnehmer zu beenden und bestehende Verträge außerordentlich zu kündigen bzw. von allen bestehenden Verträgen zurückzutreten. Hierdurch wird der Auftragnehmer nicht von der Pflicht entbunden, alle die Zusammenarbeit mit uns betreffenden Gesetze und Regelungen einzuhalten.
- (2) Hat der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung nachweislich eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung oder eine unlautere Verhaltensweise darstellt, hat er pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme an uns zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

## **§ 18 Rechtswahl und Gerichtsstand**

- (1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- (2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Leistungsverpflichtung gemäß diesen AEB Dienstleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

**Stand: Januar 2024**

## Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

<b>Name des geschäftsführenden Unternehmens</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke**

158-25-E11

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
 Montpellierbrücke**

158-25-E11

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke**

158-25-E11

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke**

158-25-E11

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

**Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB**

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer  
Bietergemeinschaft]**

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

*Unterschrift:*

---

*(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

**H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke**

158-25-E11



*Unterschrift:*

---

*(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

*Unterschrift:*

---

*(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

*Unterschrift:*

---

*(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*



H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle  
Montpellierbrücke

158-25-E11

## Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

<b>Name des Bieters</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

\_\_\_\_\_  
(Firmenname und Rechtsform)

## Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

**Hinweis:** Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

<b>Name des qualifizierten Nachunternehmers</b>	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u>  Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

### **Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens**

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

---

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:*

***(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)***

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

[Rahmenvertrag Dachinspektion und Reinigung von Dachrinnen-, Fallrohren und Flachdächern]  
[031-25-E11]

## Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -**

**Hinweis:** Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:  
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.  
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

### 1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
  - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB****Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

**oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

### 3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

#### Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
  - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
  - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
  - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
  - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**
**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)**
**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

[Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.]

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten**

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft:*

**(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)**

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*



**[Rahmenvertrag Dachinspektion und Reinigung von Dachrinnen-, Fallrohren und Flachdächern]**  
 [031-25-E11]

## Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

**Hinweis:** Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

<b>Name des qualifizierten Nachunternehmers</b>	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u>  Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

### Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

---

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:*

***(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)***

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18  
10117 Berlin  
Postanschrift  
11014 Berlin  
Tel +49 30 18 681-16882  
Fax +49 30 18 681-516882  
BW17@bmi.bund.de  
www.bmwsb.bund.de

## Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

### I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

### II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

### III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

### IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

## V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

## VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen

Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022

Formblatt für Eigenerklärungen

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung  
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen  
nach den Vorgaben  
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-  
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

**Allgemeines**

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

**Informationen zum LTMG**

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-



stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

### **Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:**

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung ([https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative\\_Tarifvertraege.aspx](https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx)). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*  
*oder*
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mir/wir uns
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
  - oder
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

***Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,***

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

**Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).**



**Verpflichtungserklärung**  
**für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden**

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
  - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

---

 Ort, Datum

---

 Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

 Ort, Datum

---

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

## **Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt**

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

Ort, Datum

---

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg  
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

**1. Mindestentgelte**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

## **2. Nachunternehmen**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

## **3. Kontrolle**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

#### **4. Sanktionen**

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.



# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

24.06.2025

Verfahren: 158-25-E11 - H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Örtliche Bauüberwachung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit		
	Örtliche Bauüberwachung nach HOAI 2021 gemäß Anlage 13, besondere Leistungen der Leistungsphase 8, Punkt Örtliche Bauüberwachung.				..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

2	Nebenkosten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale		
	Die Nebenkosten werden als Pauschale in Abhängigkeit zur Örtliche Bauüberwachung nach HOAI 2021 gemäß Anlage 13 (Pos. 2.1), besondere Leistungen der Leistungsphase 8 angeboten.				..... pro 1,00 Pauschale	.....
	Änderungen der Kosten der Örtliche Bauüberwachung nach HOAI 2021 gemäß Anlage 13, besondere Leistungen der Leistungsphase 8 hat prozentual Änderungen an den Nebenkosten zur folge.					

### Besondere Leistungen Örtliche Bauüberwachung

Sehr geehrte Bieter,

Erfahrungsgemäß kommt es vor, dass wir in diesem Preisblatt Leistungen als besondere Leistungen oder zusätzliche Leistungen ausführen, welche für Sie selbstverständlich sind, und in Ihrer Firma zur Grundleistung gehören.

In diesem Fall bitten wir Sie in der entsprechenden Position eine 0€ ein zu tragen und uns in Ihrem Anschreiben dies Null€ Position noch einmal zu bestätigen. Somit können wir für beide Seiten aufwändige Aufklärungen im Nachgang zu diesen Positionen vermeiden.

Vielen Dank vorab.

Über die Grundleistungen gemäß Anlage 13 nach HOAI 2021 hinaus sind folgende Leistungen zu erbringen:

3	Besonderen Leistungen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale		
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Plausibilitätsprüfung der örtlichen Kennzeichnung des Baufeldes</li><li>• Teilnahme an den Baubesprechungen</li><li>• Sofortige Information des AG bei Abweichungen zum Bauvertrag des AN-Bau</li><li>• Gemeinsames örtliches Aufmaß mit dem Auftragnehmer</li><li>• Bilddokumentation von Leerrohr- und Leitungsverlegungen (z.B. Entwässerungsleitungen) als Anlage zum örtlichen Aufmaß. Das örtliche Aufmaß von Leitungsgräben und Rohrleitungen erfolgt am offenen Graben.</li><li>• Mit jeder Abrechnung ist ein Massen-Kostenabgleich nach den Vorgaben der Kostenstruktur des AG zu erstellen (GVFG-Maßnahmenbereich gesondert). Es sind baubegleitende Leistungsfeststellungen und Leistungsnachweise zu erbringen. Dies hat ab Baubeginn zu erfolgen. Eine Abrechnung / Vergütung von Leistungen an das beauftragte Bauunternehmen ohne Aufmaß erfolgt nicht.</li><li>• Angabe erhöhter Rechnungsprüfungsaufwand z.B. bei mehreren Kostenträgern /-stellen</li><li>• Der zuständige Abrechner der bauausführenden Firma erstellt gemeinsam mit der örtlichen Bauüberwachung des AG das Feldaufmaß. Auf Basis dieser Feldaufmaße sind elektronisch Aufmaßblätter (DA 11) zu erstellen, die zur Prüfung an die örtliche Bauüberwachung des AG übergeben werden. Diese sind binnen einer Frist von einer Woche von der örtlichen Bauüberwachung zu prüfen (Prüfung und Rücklauf in DA 11 und Papierform) und mit dem AN abzustimmen. Auf Grundlage dieser geprüften Aufmaße wird dann die Abschlagsrechnung erstellt.</li><li>• Mit jeder geprüften Abschlagsrechnung ist ein Soll-Ist-Vergleich zu erstellen und vorzulegen mit bedarfsabhängiger Analyse der jeweiligen Anteile an Massen- und Leistungsänderungen.</li><li>• Mitwirken bei der Koordination der beteiligten Dritten im Baufeld, Unterstützung der Bauoberleitung und Projektsteuerung der Gesamtmaßnahme</li><li>• Dokumentation des Bauablaufs (Ist-Ablauf und eingesetzte Ressourcen)</li><li>• Führen eines Bautagebuchs mit genauer Leistungsbeschreibung (u.a. Zuordnung zu Vorgangsnummer im Bauzeitenplan des AN-Bau, Dokumentation der Materialeingänge, Einsatz von NU), einschl. Fotodokumentation (tägliche Aufnahme), wöchentliche Übergabe an den AG</li></ul>			pro 1,00 Pauschale	.....	

- zeitnahe inhaltliche Kontrolle des Bautagebuchs des AN-Bau
- zeitnahe Dokumentation von Produktivitätsverlusten (z.B. Umsetzungsvorgänge etc.) bei Umstellung oder Störungen des Bauablaufs (auch im Falle des Eigenverschuldens des AN-Bau)
- Überwachung und Kontrolle der Ab- und Aufladevorgänge des vom AG beigestellten Gleisbaumaterials zur Qualitätssicherung und Einhaltung der jeweiligen Richtlinien sowie Vorgaben des Herstellers
- Prüfen und Bewerten der Berechtigung von Nachträgen. Die Prüfung beinhaltet: u.a. die Prüfung dem Grunde nach (Kausalität) sowie die Bewertung des kalkulierten bzw. tatsächlichen Aufwands. Die Prüfung der Höhe nach erfolgt durch die Bauoberleitung
- vorausschauende Bearbeitung von nachtragsrelevanten Sachverhalten, Erarbeiten von detaillierten Stellungnahmen und Vorschlägen für die Nachtragsabwehr
- Stellungnahmen und zeitnahe schriftliche Bewertung von Behinderungsanzeigen und Bedenkenanmeldungen
- Stellungnahme und zeitnahe Bewertung von Massenänderungen und Bedarfspositionen besonders im Hinblick auf rechtzeitige Veranlassung von Beauftragungen bzw. Bestellwerterhöhungen
- Stellungnahme und zeitnahe Bewertung von Mehrkostenanmeldungen und Dokumentation der kalkulationserheblichen Umstände einschließlich einer Kostenschätzung (Zuarbeit Änderungsmanagement)
- Während der Bauzeit ist die ständige Anwesenheit mindestens einer Person vor Ort erforderlich. Sofern es das anfallende Arbeitsvolumen (z.B. für örtliches Aufmaß) erfordert, sind weitere Personen für das Projekt abzustellen. Weiterhin ist die ständige telefonische Erreichbarkeit sicherzustellen. Die Anwesenheit und Erreichbarkeit ist ebenso bei Nacht- und Wochenendarbeiten zu gewährleisten.
- Prüfung des erstellten LV's auf eventuelle Mängel bzw. Optimierungspotenzial vor Ausschreibung der Maßnahme und Verfassen eines Prüfberichts mit allen Anmerkungen
- Sachstandsbericht zur Verwendung beim Projektstatusbericht, hierzu ist dem AG ein Referenzbericht vorzulegen

---

## ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
	_____

Summe  
(brutto)

## Ausschreibung

Verfahren: 158-25-E11 - H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

---

### AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

## Ausschreibung

Verfahren: 158-25-E11 - H175 H245 BÜ für GE Montpellierbrücke und barrierefreier Ausbau Haltestelle Montpellierbrücke

### EIGNUNGSKRITERIEN

<b>1</b>	<b>Eignungskriterien</b> Gewichtung: 0,00%
<b>1.1</b>	<b>Erklärung Insolvenz [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Ja Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).  <div> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen  <input type="checkbox"/> Ja  <input type="checkbox"/> Nein </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>1.2</b>	<b>Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Ja Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.  <div> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen  <input type="checkbox"/> Ja  <input type="checkbox"/> Nein </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>1.3</b>	<b>Erklärung des Bieters [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Ja Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.  <div> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen  <input type="checkbox"/> Ja  <input type="checkbox"/> Nein </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>1.4</b>	<b>No-Spy-Erklärung [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Ja Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.  <div> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen  <input type="checkbox"/> Ja  <input type="checkbox"/> Nein </div> <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>1.5</b>	<b>Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen</b> Gewichtung: 0,00%

## 1.5.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 1.5.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:

Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.5.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 1.5.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und wurde dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann dies durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:  
Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:  
Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:  
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.5.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 1.5.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Befindet sich das Unternehmen in einer der folgenden Situationen?

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar



### 1.5.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:  
Sind mehr als drei Jahre ab dem Tag des betreffenden Ereignis vergangen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:  
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.5.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

### 1.5.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt ein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.5.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung ) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.5.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

### 1.5.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise nicht wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.6 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

### 1.6.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

K.O.-Kriterium: Nein

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Forblätter zur Verfügung gestellt.

### 1.6.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter als Anlage bereitgestellt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.7 Erklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten

Gewichtung: 0,00%

### 1.7.1 Erklärung erforderliche Kapazitäten [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.8 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

### 1.8.1 Qualifikationsnachweise und Anforderungen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Qualifikationsnachweise und Anforderungen an das Einsatzpersonal

Angaben zu Mitarbeitern (Namen und Qualifikation), die im Falle einer Beauftragung eingesetzt werden. Wir bitten darum, die Leistungsfähigkeit des vorgesehenen Personals mittels einer Referenzliste nachzuweisen.

Folgende Qualifikationen des eingesetzten Personals sind erforderlich:

- SiVV-Schein
- Sachkundiger Planer gemäß TR Instandhaltung (TR IH), zur Beurteilung der durch den AN vorzulegenden Arbeitsanweisungen. Der Nachweis der Fachkunde erfolgt gemäß DAfStb Heft 638 und RL SIB (Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen).
- Erfahrungen im Bereich von Brückeninstandsetzungen
- Erfahrungen im Bereich des Gleisbaus
- Erfahrungen mit dem Einbau von ERS-Systemen
- Erfahrungen im Bereich des Einbaus von HANV-Schichten

Sollte das für die Baumaßnahme vorgesehene Personal verhindert sein, darf nur Personal eingesetzt werden, dass gleichwertige Qualifikationen/Referenzen vorweisen kann. Diese sind dem AG unaufgefordert vorzulegen. Falls keine gleichwertige Qualifikationen/Referenzen vorzuweisen sind, darf der AG das Personal von der Baustelle verweisen. Etwaige Kosten der aufgrund der fehlenden Qualifikationen/Referenzen dem AG entsteht, kann als Schadensersatz gelten gemacht werden.

Hinweis:

Der Nachweis ist zwingend mit dem Angebot einzureichen.

Liegen die Qualifikationen vor und wurden diese als Anlage mit dem Angebot eingereicht?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.8.2 Mitarbeitern / Personaleinsatz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Angaben zu Mitarbeitern / Personaleinsatz

- Anzahl der durchschnittlich eingesetzten Mitarbeiter (vor Ort und im Backoffice)
- Vorgesehene Aufbau-Organisation der örtlichen Bauüberwachung

Hinweis:

Der Nachweis ist zwingend mit dem Angebot einzureichen.

Liegen die Angaben vor und wurden diese als Anlage mit dem Angebot eingereicht?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.9 Erklärung zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

### 1.9.1 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

#### 1.9.1.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist Ihr Unternehmen im Handelsregister eingetragen?

Hinweis: Sofern Ihr Unternehmen nicht im Handelsregister eingetragen ist (z.B. bei Einzelunternehmern), erfolgt eine gesonderte Aufklärung. Bitte halten Sie eine Begründung bereit, warum keine Eintragungspflicht besteht.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.9.1.2 Falls Sie im Handelsregister eingetragen sind:

K.O.-Kriterium: Ja

Ist ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) beigelegt?\*

Hinweis: Wenn kein Auszug beigelegt wurde, ist ein Nachweis über die Beantragung beizulegen. Der Auszug ist nach Erhalt unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachzureichen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.9.2 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

### 1.9.2.1 Versicherungspflicht [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bieter bestätigt, dass er über eine bestehende und gültige Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung verfügt.

Bitte legen Sie einen Nachweis über die bestehende Versicherung bei.

Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten:

- € 3.000.000 für Personenschäden
- € 2.000.000 für Sach- und Vermögensschäden

Nachzuweisen ist dies durch eine gültige Versicherungspolice, die die entsprechenden Deckungssummen für den Auftragsfall bestätigt.

Bitte beachten Sie: Ein Hinweis auf der Versicherungspolice, dass sich die Versicherung automatisch verlängert, wird nicht akzeptiert. Es muss eine aktuelle Fassung der Versicherungspolice vorgelegt werden.

Ist die Versicherungspolice zum Nachweis der zur Versicherungspflicht als Anlage beigelegt?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 1.9.2.2 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bieter verpflichtet sich mit dieser Erklärung, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung folgende Versicherungen abzuschließen:

Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten:

- € 3.000.000 für Personenschäden
- € 2.000.000 für Sach- und Vermögensschäden

Nachzuweisen ist dies durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung seiner Versicherung, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfalle abgeschlossen wird.

Ist die Versicherungspolice oder eine Bereitschaftserklärung des Versicherers zur Versicherungspflicht als Anlage beigefügt?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 1.10 KMU

Gewichtung: 0,00%

### 1.10.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz

Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz

Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz

Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein \_\_\_\_\_.

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Kleinstunternehmen (0)  
☐ Kleines Unternehmen (0)  
☐ Mittleres Unternehmen (0)  
☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

## LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Pläne.zip	8,60 MB	zip
Dateianlage	Baubeschreibung (1).zip	422,15 KB	zip